

Familie
ist Zukunft

Strategie
Stadtteile stärken

Dynamisches
Hannover

Bildung ist Zukunft

Vorwort

1. Ganztagschulen –
Ein sozialdemokratisches Bildungskonzept
2. Ganztagschulen –
(k)ein gemeinsames Projekt von Bund und Ländern
3. Eine alternative Bildungschance:
»Schule im Stadtteil«
4. Bildungspolitische Ziele
der SPD-Ratsfraktion

Impressum



Ratsfraktion
Hannover

Familie ist Zukunft

Vorwort

1. Unser Ziel
2. Betreuung der Unter-Dreijährigen
3. Noch flexiblere Betreuungsangebote, Tagesmütter vorhanden
4. Werbung für den Kindergartenbesuch ab drei Jahren
5. Mehr Schulkinderbetreuung durch die »Schule im Stadtteil«
6. Kindertagesstätten zu Familienzentren weiterentwickeln – Elternbildung verstärken
7. Kinderfreundliche Stadtteile und eine bunte Vielfalt bei der offenen Kinder- und Jugendarbeit
8. Angebote für Freizeit und Ferien
9. Durch Sprachförderung die Bildungschancen verbessern
10. Miteinander der Generationen

Impressum



Ratsfraktion
Hannover

Bildung
ist Zukunft

Familie
ist Zukunft

Dynamisches
Hannover

Strategie Stadtteile stärken

Vorwort

PlusPunkte für Vielfalt und Lebendigkeit

PlusPunkt 1: Stadtteildemokratie wagen

PlusPunkt 2: Modellprojekte
Nachhaltige Stadtteilentwicklung

PlusPunkt 3: »Hannover heißt Zuhause«

PlusPunkt 4: Stadtteil-Images

PlusPunkt 5: »Hannover schafft Platz«
– das Stadtplatzprogramm

PlusPunkt 6: Soziale Stadtsanierung
– Soziale Stadt

PlusPunkt 7: Gewerbeberatung
– Gewerbesozialplanung

PlusPunkt 8: Business Improvement Districts (BID)

PlusPunkt 9: Quartiersmanagement

PlusPunkt 10: Stadtbezirksmanager

PlusPunkt 11: Stadtteil-Stiftungen

PlusPunkt 12: Revitalisierung von
Industriebrachen

PlusPunkt 13: Sanierung Ihmezentrum

Impressum



Ratsfraktion
Hannover

Bildung
ist Zukunft

Familie
ist Zukunft

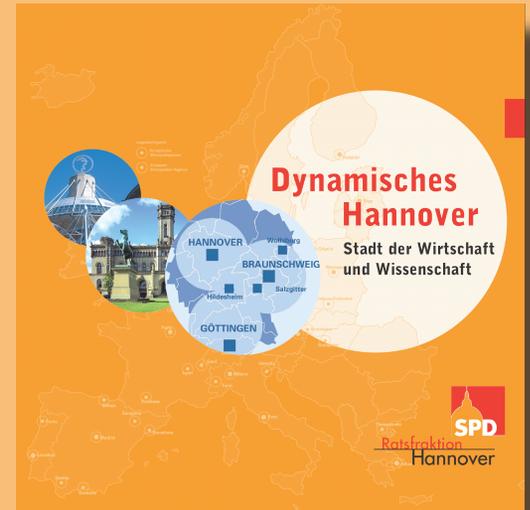
Strategie
Stadtteile stärken

Dynamisches Hannover

Vorwort

1. Hannovers Rat entscheidet
2. Stadtpolitische Leitthemen
3. Dynamisches Hannover – auf dem Weg zur europäischen Metropolregion
4. Hannover hat Dynamik – entwickelt sich permanent weiter!
5. Arbeitsplätze schaffen und sichern – Ausbildung und Qualifizierung fördern
6. Vernetzung von Wirtschaft und Wissenschaft
7. hannoverimpuls – eine Erfolgsgeschichte
8. Internationalisierung aktiv begleiten
9. Lokale Wirtschaft stärken

Impressum



Ratsfraktion
Hannover



**Bildung
ist Zukunft**



Ratsfraktion
Hannover

Gemeinsam für die Zukunft Hannovers

Die SPD-Fraktion im Rat der Landeshauptstadt Hannover entwickelt und beschließt realistische, finanzierbare kommunalpolitische Vorhaben. Zahlreiche abgeschlossene und aktuelle Projekte in dieser Stadt belegen das.

Im Rahmen einer Strategiedebatte über die künftige Stadtentwicklung benennen wir schon heute Leitthemen, die für eine Kontinuität unserer erfolgreichen Ratsarbeit für morgen stehen. Dabei verstehen wir uns als bestimmende Kraft bei der Gestaltung Hannovers unter Wahrung der Gesamtinteressen der Einwohnerinnen und Einwohner.

Besondere Schwerpunkte setzen wir im Bereich **Bildung** bei der Förderung und Vernetzung von vorhandenen Bildungsangeboten. In den Stadtteilen sollen generationenübergreifende Lernorte entstehen, die eine lebenslange (Weiter-) Bildung ermöglichen.

Für **Familien** werden wir für alle Generationen und Kulturen geeignete, vielfältige Angebote bereitstellen. Das reicht von Betreuungsmöglichkeiten, einer gezielten Sprachförderung über geeigneten Wohnraum für die verschiedenen Altersstufen bis zur Integration von MigrantInnen. Ehrenamtliches Engagement ist und bleibt dabei für den sozialen Zusammenhalt der Stadt unverzichtbar.

Eine nachhaltige Entwicklung der **Stadtteile** sichert die Zukunftsfähigkeit Hannovers. Sie erhöht die Lebensqualität in den Wohnquartieren, stärkt das Image und fördert die Identifikation mit der Stadt. Wir wollen die jeweiligen Stärken der Quartiere herausarbeiten und die Stadtteile in ihren sozialen, kulturellen und ökonomischen Verhältnissen stärken.

Durch eine lokal und regional ausgerichtete **Wirtschaftspolitik** fördern wir Unternehmensgründungen und -ansiedlungen. Dabei ist die erfolgreiche Vernetzung von Wirtschaft und Wissenschaft eine wesentliche Grundlage für den ökonomischen Erfolg.

Die Prognosen über die demografische und wirtschaftliche Entwicklung erfordern, Hannover im Wettbewerb der Städte und Regionen zu stärken und fit für die Zukunft zu machen. Gemeinsam haben wir viel erreicht, mit uns wird die Stadt ihre Stellung in Zukunft weiter ausbauen.

Klaus Huneke
Fraktionsvorsitzender



»Nichts macht den Menschen argwöhnischer, als wenig zu wissen.«

F. Bacon

1. Ganztagschulen – Ein sozialdemokratisches Bildungskonzept

Als die sozialdemokratische Bundesregierung im Mai 2003 ihr neues Bildungskonzept mit dem **Investitionsprogramm »Zukunft, Bildung und Betreuung (IZBB)«** aufgelegt hat, sollte damit bundesweit der Auf- und Ausbau von Ganztagschulen unterstützt werden. Insgesamt 4 Milliarden Euro werden bis einschließlich 2007 in dieses Programm fließen. Das Ziel der sozialdemokratischen Bildungspolitik ist, das deutsche Bildungssystem wieder an die Weltspitze zu bringen. Denn von der Qualität der Bildung hängt unsere Zukunft ab. Das Ganztagschulprogramm war und ist ein erster Meilenstein der in unserem Land dringend benötigten Bildungsreform.

Leider ist das Land Niedersachsen, dem ein Anteil von ca. 400 Millionen Euro und damit rund 10% der Gesamtfördermittel zusteht, weder an der Landeshauptstadt, noch am tatsächlichen Bedarf interessiert.

Kümmerliche 5,3 Millionen Euro, das sind gerade mal 1,3% der Fördersumme, flossen bisher in den Ausbau hannoverscher Schulen. Grundschulen in Problemstadtteilen und Integrative Schulformen werden aus rein ideologischen Gründen von der CDU-geführten Landesregierung auf das Abstellgleis geschoben.

Ganztagschulen sind zukunftsweisend

Die Ergebnisse der international vergleichenden Studien wie PISA 2000, IGLU und OECD 2004 haben gezeigt, dass Deutschland in der Schulbildung nur einen Platz im Mittelfeld belegt. Als besonders erschreckend wird einheitlich die Tatsache bewertet, dass das insgesamt schlechte Abschneiden des deutschen Schulwesens daraus resultiert, dass Kinder aus sozial benachteiligten Familien schulisch deutlich schlechtere Ergebnisse erzielen als Kinder aus der Mittel- und Oberschicht. Empirisch belegt ist, dass materielle Armut Bildungsarmut nach sich zieht, und die Voraussetzungen dieser Kinder für eine Beteiligung am sozialen, wirtschaftlichen und politischen Leben beeinträchtigt werden.

Entscheidend ist nun – unabhängig von der sozialen Herkunft – die Qualität und die Rahmenbedingungen von Bildung für alle Kinder und Jugendlichen an den Schulen zu verbessern. Der Auf- und Ausbau von Ganztagschulen spielt dabei eine wichtige Rolle: zum einen können die Schülerinnen und Schüler früher und intensiver individuell gefördert werden und zum Zweiten lassen sich Familie und Beruf dadurch besser vereinbaren. Gerade junge Frauen werden heute vor die Wahl gestellt: Kind oder Beruf und Karriere. Um beide Wünsche – Kinder und Karriere – verwirklichen zu können, bedarf es unter anderem einer verlässlichen Betreuung über den Vormittag hinaus. Genau diese Vereinbarkeit von Familie und Beruf können Ganztagschulen durch ihre Ange-

botsstrukturen von Bildungs- und Betreuungszeiten am Nachmittag bieten.

Durch Ganztagschulen kann Ernst gemacht werden mit einer »Pädagogik der Vielfalt«, die das einzelne Kind mit seinen Stärken und Schwächen als Individuum in den Mittelpunkt stellt. Denn: Bildung benötigt Zeit – und an Ganztagschulen ist die Zeit vorhanden, einem Kind die Welt zu erklären und die Entwicklung von Kreativität zu fördern. Phasen des Lernens und Erholens für Spiel und Freizeit können sich abwechseln. Auch die Auflösung von starren Stunden- und Zeitplänen kann die Lernbereitschaft junger Menschen fördern. Zusätzliche Angebote und Projekte bieten Kindern und Jugendlichen die Möglichkeiten, ihre Schwerpunkte z.B. in den Bereichen Musik, Sport, Kultur und/oder Naturwissenschaften näher praktisch zu erfahren. Das bedeutet Abschied vom verordneten Lernen im Gleichschritt und Abschied von der Vorstellung homogener Lerngruppen. Unsere Bildungseinrichtungen dürfen auch keine von der Außenwelt abgeschotteten Lernanstalten sein.

Was wir daher dringend benötigen, ist eine neue Lehr- und Lernkultur!

Dies geht nur in Schulen, in denen

- Kinder mit Freude und Neugier lernen und ihr Wissensdurst geweckt wird.
- eine persönliche Atmosphäre herrscht und Kinder nicht nur durch Noten zu Leistungen motiviert werden.
- sich LehrerInnen die Zeit nehmen, auf den jeweiligen Entwicklungsstand der Kinder einzugehen und wo die Vermittlung von Werten und Einstellungen ein selbstverständlicher Bestandteil dieses Mitein-anders ist.
- sich Lern- und Kreativphasen einander abwechseln.
- LehrerInnen eng und kooperativ mit den Eltern zusammenarbeiten.



- auch die LehrerInnen gern arbeiten, mit Motivation bei der Sache sind, in denen LehrerInnen und SchülerInnen ein partnerschaftliches Verhältnis haben.
- das regionale Umfeld der Schule in das Schulleben mit einbezogen ist, etwa durch Kooperationen mit örtlichen Unternehmen, der Jugendarbeit, Kulturarbeit, dem Sportverein oder der Musikschule.
- fachliches und soziales Lernen miteinander verknüpft sind – nicht nur in der Theorie, sondern auch in der Praxis.

Es zeigt sich immer mehr: Nicht »Etiketten« wie im dreigliedrigen Schulsystem bestimmen den Wert einer Schule, sondern der Lernerfolg ihrer SchülerInnen!



»Arm und elend sind wir schon,
wenn wir jetzt auch noch dumm werden,
dann haben wir wirklich verloren ...«
(dänischer König nach dem verlorenen
30-jährigen Krieg)

2. Ganztagschulen – (k)ein gemeinsames Projekt von Bund und Ländern

Die Zusammenarbeit zwischen den einzelnen Ländern und der damaligen SPD- Bundesregierung gestaltete sich sehr unterschiedlich. Während Nordrhein-Westfalen und Baden-Württemberg die Vorteile von Ganztagschulen sehr früh erkannt haben, die Fördermittel in vollem Umfang abforderten und so umfangreich den Auf- und Ausbau von Ganztagschulen fördern, ist dieses in Niedersachsen mit der konservativen Landesregierung nicht der Fall. CDU-Bildungsminister Busemann hat bisher nur einem Drittel der Anträge von Schulen, die ein Konzept zur Umwandlung in eine Ganztagschule im Bildungsministerium eingereicht haben, zugestimmt. Und dies trotz der Tatsache, dass laut einer Statistik der Kultusministerkonferenz der Anteil von Ganztagschulen in Niedersachsen mit 6,2% deutlich unter dem Bundesdurchschnitt von rund 10% liegt. Zudem sind durch die CDU/FDP-Landesregierung extreme Unsicherheiten über die Bedingungen bei der Vergabe der Ganztagschuloptionen entstanden, in deren Folge Unzufriedenheiten über mangelnde Transparenz des Vergabeverfahrens entstanden sind. Ferner weigert sich die niedersächsische Landesregierung vehement, die bewilligten Ganztagschulen zusätzlich mit pädagogischem Personal auszustatten. Sie nimmt zwar die Fördergelder für den baulichen

Auf- und Ausbau von Ganztagschulen in Anspruch, darüber hinaus aber werden keine finanziellen oder personellen Ressourcen von der Landesregierung zur Verfügung gestellt.

Zu einem wahren Skandal hat sich inzwischen die Vergabe der Bundesmittel an landeseigene Internatsgymnasien in den Wahlkreisen von CDU-Chef McAllister und Kultusminister Busemann entwickelt. Hier wurde nicht nach dem Prinzip der Bedürftigkeit, sondern der Beliebigkeit verfahren, mit dem eindeutigen Ziel der Bevorzugung des eigenen Wahlkreises.

Die derzeit von der Landesregierung definierte Offene Ganztagschule ist eher als »Halbtagschule mit Nachmittagsbetreuung« zu bezeichnen. So zeichnet sich diese Schulform dadurch aus, dass die Unterrichtszeit auf den Vormittag beschränkt bleibt und an drei Nachmittagen lediglich Betreuungsmaßnahmen oder Kooperationen mit externen Partnern stattfinden dürfen. Eine Wiederholung oder Vertiefung von Unterrichtsinhalten im Klassenverband am Nachmittag ist damit beispielsweise gesetzlich untersagt!

Wie Hohn klingt es, wenn im Bescheid zur Verleihung des Titels Ganztagschule ein Absatz steht, in dem »ein Anspruch auf Zuweisung personeller Ressourcen (also Lehrerstunden, Anm.) auch für die Zukunft nicht in Aussicht gestellt werden kann.«

Völlig außer Acht gelassen wurde von der Landesregierung auch der Zusammenhang zwischen Ganztagschulstatus und Gebäudeausstattung. So bleiben Schulen allein, wenn sie mit der Umwandlung in eine Ganztagschule auch bauliche Veränderungen, wie zum Beispiel die Einrichtung einer Mensa oder zumindest einer geeigneten Essenausgabe erwarten. Gerade für diese Umbaumaßnahmen war das Investitionsprogramm des Bundesbildungsministeriums gedacht. Stattdessen genehmigt das Land Ganztagschulangebote, die sie nichts kosten und verweist völlig zu Unrecht auf den Schulträger, in unserem Fall der Landeshauptstadt Hannover.

3. Eine alternative Bildungschance: »Schule im Stadtteil«

In Anbetracht der dargestellten Anforderungen verlangen Schulen – insbesondere Grund-, Haupt- und Förderschulen – als Akteure der Stadtteilentwicklung verstärkte Aufmerksamkeit. Zur Bewältigung der genannten Herausforderungen sind sie aufgerufen, sich in die Stadtteilentwicklungsprozesse einzubringen und diese mitzugestalten. »Öffnung zum Stadtteil«, sozialräumliche Orientierung und Kooperationen werden als Möglichkeit angesehen, die Bildungs- und Entwicklungsprozesse für Kinder und Jugendliche deutlich zu verbessern. Mit der Öffnung der Schule nach außen bietet sich die Chance, die unmittelbare Lebensumwelt der Schülerinnen und Schüler in ihre Arbeit einzubeziehen.

Der Weg ist und muss in diesem Fall eine **systematische Vernetzung in den Stadtteil** hinein sein. Das Ziel ist, dass Kinder und Jugendliche einerseits ihre Lebenswelt im Stadtteil genau kennen lernen und reflektieren und das soziale, politische, kulturelle und ökologische Umfeld erfassen. Andererseits werden Grundlagen für selbstständiges Lernen und Weiterlernen gefördert. Die Differenz zwischen dem außerschulischen Leben und dem schulischen Lernen sollte dabei möglichst gering gehalten werden, die Schule muss sich folglich nach außen öffnen. Dies beinhaltet also eine Abkehr von der bloßen Unterrichtsschule hinzu einem Lern- und Lebensort, zu einem sozialen und kulturellen Erfahrungsfeld, in dem Leben und Lernen ineinander greifen.

Die Kooperation von Schule und Einrichtungen im Stadtteil bietet zudem die Möglichkeit und die Chance, die bisherigen Bildungsangebote von Schulen und Horten zu erweitern. So bietet sich die Schule als spezifischer Lernort neben anderen Angeboten an und übernimmt gleichzeitig Mitverantwortung für das soziale und pädagogische Zusammenspiel der einzelnen Akteure. Für

dieses Netzwerk bieten sich die Kooperationsfelder Umwelt, Gesundheit und Soziales, Kultur und Sport an. Dabei sollte eine Ausgewogenheit der verschiedenen Angebote ebenso im Mittelpunkt stehen, wie die Einbindung in die Berufs- und Arbeitswelt bei weiterführenden Schulen.

Das gemeinsame Mittagessen von SchülerInnen und LehrerInnen stärkt nicht nur das Gefühl der Zusammengehörigkeit, sondern hält zudem eine wichtige Erfahrung der gesunden Ernährung bereit. Damit diese Angebote ausgebaut werden können, wurden für den Haushalt 2006 zusätzliche **120.000 Euro** für Projekte rund um das Thema »Gesunde Ernährung« bereit gestellt.

Die vom »Deutschen Institut für Urbanistik« in Berlin bearbeitete Programmauswertung des Bund-Länder-Programms »Soziale Stadt« belegt unter anderem, dass die Öffnung von Schule hinein in den Stadtteil als die Schlüsselstrategie für die Lösung der oben genannten Probleme angesehen werden muss.

Die Vernetzungsphilosophie – weiterentwickeln und entfalten

»Vernetztes Denken und Handeln setzt die persönliche Bereitschaft der Akteure voraus. Sie müssen von der Sache und den Zielen überzeugt sein. Organisations- und Strukturveränderungen haben sich an den Zielen zu orientieren bzw. sich ihnen anzupassen. Für Veränderungsprozesse bedarf es Zeit. Vernetztes Denken bietet einen passenden Rahmen, in welchem Visionen eingebracht und an ihren Realisierungen gearbeitet werden kann!«



Schule als Lern- und Lebenswelt am Beispiel der Grundschule Albert-Schweitzer-Schule in Hannover-Linden

Eine »offene« Schule bietet mehr Chancengleichheit, sie kann aber zudem auch ein symbolischer Ort für ein vorurteils- und benachteiligungsfreies Zusammenleben im Stadtteil sein. Wenn Schule zum Kristallisationspunkt des Lebens für hannoversche Schülerinnen und Schüler im Stadtteil wird, so setzen die Aktivitäten genau dort an, wo sich Benachteiligungen zuerst manifestieren: in den unterschiedlichen Bildungschancen unterschiedlicher sozialer Gruppen.

Die Albert-Schweitzer-Schule ist eine von vier Grundschulen im Stadtteil Linden-Nord. In dieser mit vier Zügen ausgestatteten Grundschule werden rund 320 Kinder unterrichtet, von denen 70% einen Migrationshintergrund aufweisen, 90% davon wiederum sind türkischer Herkunft. An dieser Grundschule war seit Jahren zu beobachten, dass deutsche Eltern und bildungsbewusste Eltern von Migrantenkindern immer häufiger versucht haben, ihre Kinder in anderen Schulen anzumelden mit der Begründung, dass an einer Schule mit einem derartig hohen Ausländeranteil kein »normaler«

Lehrbetrieb möglich sein könne. Dieser Argumentation widersetzten sich die Schulleiterin und ihr Kollegium mit einem umfangreichen Konzept zur Einrichtung einer Ganztagschule: Zusätzlich zum »normalen« Stundenplanbetrieb wurde in Kooperation mit der Jugendhilfe ein umfassendes Betreuungsangebot geschaffen, das zeitlich von 7 Uhr bis maximal 17 Uhr an fünf Tagen in der Woche sowie eine ganztägige Ferienbetreuung umfasst. Zusätzlich wurden drei ganztägige Schultage (bis 15 Uhr/ 16 Uhr) geschaffen.

Inhaltlich wurden Schwerpunkte entwickelt, die sich an den individuellen Bedürfnissen und Defiziten der einzelnen Schülerinnen und Schüler orientierte. Dazu gehören Sprachförderung, Förder- und Förderangebote, Gewaltprävention, Gesundheitserziehung und Interessenbildung und -weiterentwicklung.

Durch die verpflichtenden Angebote, die aufsteigend von Klasse 1 bis 4 aufeinander aufbauen, möchte das Lehrerkollegium sicherstellen, dass alle Kinder während ihrer Grundschulzeit bestimmte Grundkenntnisse und Fähigkeiten erwerben und einüben können, die häufig von den Elternhäusern nicht mehr vermittelt werden oder vermittelt werden können.

Ein weiteres Ziel der Albert-Schweitzer-Schule ist die gezielte Öffnung der Schule in den Stadtteil hinein. Dies wird über die Einbindung von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern außerschulischer Kooperationspartner wie Bücherei, Musikschule, Freizeitheim, Sportvereinen und andere kommerzielle Anbieter gewährleistet. Damit können den Kindern vielfältige Erlebnissräume und Erfahrungen angeboten werden, die zu Hause oder auf der Straße nicht selbstverständlich sind.

Des Weiteren wird in enger Kooperation mit »FLUXUS – Lernende Region« eine sog. Elternwerkstatt »Rucksackeltern in Schule« (siehe auch Absatz »Sprachförderung und Stärkung der Elternarbeit«) als Pilotprojekt in der Albert-Schweitzer-Schule entwickelt und erprobt. Als ein weiteres Modellprojekt bietet die Albert-Schweitzer-Schule ein »Elterncafé« im Verbund mit dem VSE

(Verbund sozialer Einrichtungen) an. In lockerer Atmosphäre können sich in diesem Café Eltern austauschen, aber auch ratsuchend an den/die anwesende SozialarbeiterIn wenden.

Ziel der SPD-Ratsfraktion ist es, dass das als Modellversuch geplante Projekt der Schulkinderbetreuung an der Albert-Schweitzer-Schule die Zahl ihrer Betreuungsplätze in Kooperation mit der Jugendhilfe verdoppelt (einschließlich der Ferienbetreuung). Sollte eine Anerkennung dieses gemeinsam durch die Fachbereiche Schule und Jugendhilfe konzipierten kooperativen Projektes durch die niedersächsische Landesregierung nicht erfolgen, wird dieser Modellversuch durch die Landeshauptstadt Hannover mit **150.000 Euro** finanziert. Dafür haben Sozialdemokraten und ihr Koalitionspartner Bündnis 90/Die Grünen im Rat der Stadt Hannover gesorgt!

Dort, wo kleinere Umbaumaßnahmen notwendig sind, beispielsweise für die Errichtung einer Essenausgabe, stehen für Investitionen **250.000 Euro** speziell für das Projekt »Schule im Stadtteil« zum Abruf bereit.

4. Bildungspolitische Ziele der SPD-Ratsfraktion

Ein wichtiges Anliegen im Handlungsfeld »Schule im Stadtteil« ist für die SPD-Ratsfraktion die Verbesserung der Bildungsvoraussetzungen für die Kinder und Jugendlichen in den hannoverschen Stadtteilen. Die Schaffung von verbesserten Angeboten durch Betreuungsangebote am Nachmittag, spezifische Förderangebote oder auch Maßnahmen zur Verbesserung der Lernumgebung, gehören dabei zu unseren vordringlichen Zielen. Dies setzt neben der Kooperationswilligkeit der Schule auch eine intensive Untersuchung des örtlichen Umfeldes voraus. Dafür haben SPD und Bündnis 90/Die Grünen im Stadtrat gemeinsam den Einsatz von **675.000 Euro**

beschlossen. Zudem können in der Vernetzung erfahrene städtische MitarbeiterInnen als »Bildungs-Scouts« an Schulen ausgeliehen werden, um sie zu beraten. Diese MitarbeiterInnen suchen im Umfeld der Schule nach Kooperationspartnern und können damit dem interessierten Kollegium Arbeit abnehmen.

Mittelfristig ist – zusammen mit einer SPD-geführten Landesregierung – der massive Ausbau an Ganztagsangeboten das bildungspolitische Ziel der SPD in Stadt und Region.

Sprachförderung und Stärkung der Elternarbeit

Neben der sozialen Herkunft sind mangelnde Sprachkenntnisse das größte Hindernis für schulischen Erfolg. Überraschenderweise ist dies nicht nur in den Familien mit Migrationshintergrund zu beobachten, sondern auch in deutschen Familien verkümmern zusehends die Fähigkeiten, sich sprachlich verständlich auszudrücken. Projekte zur Sprachförderung leisten daher nach Ein-





schätzung von Expertinnen und Experten einen wichtigen Beitrag zur Verbesserung der sprachlichen Kompetenzen sowie zur Verstärkung der Elternarbeit. Die SPD-Ratsfraktion hat daher für den Auf- und Ausbau einer systematischen Sprachförderung bereits im vergangenen Jahr **500.000 Euro** in den Haushalt eingestellt. Mit unterschiedlichen Programmen, die sich bereits in anderen bundesdeutschen Städten bewährt haben, arbeiten jetzt verschiedenen Fachbereiche vernetzt an der Umsetzung dieser Sprachförderprogramme. Als besonders erfolgreich gilt dabei das Projekt »Rucksack«, das sich durch die Einbeziehung von Eltern mit Migrationshintergrund und Förderung der bi-lingualen Sprachkompetenz auszeichnet.

Vernetzung, Kooperation und Bündelung von Ressourcen

Ein weiterer Schwerpunkt der bildungspolitischen Arbeit der SPD-Ratsfraktion liegt in der Bündelung und Vernetzung stadtteilorientierter Netzwerke. Hierbei wird insbesondere der Förderung von Vernetzung und Koope-

ration zwischen Schulen und Einrichtungen der Kinder- und Jugendarbeit bzw. Jugendhilfe, sowie weiteren relevanten Akteursgruppen, eine besondere Bedeutung beigemessen.

So wurde die Verwaltung für das Jahr 2006 beauftragt, ein besonderes Bildungs- und Qualifizierungsangebot an **Hauptschulen** zu entwickeln.

Mit den von der SPD-Ratsfraktion und ihrem Koalitionspartner zur Verfügung gestellten finanziellen Mitteln sollen die zur freiwilligen Mitarbeit bereiten Schulen in die Lage versetzt werden, in Kooperation mit den Netzwerken Ergänzungsangebote am Nachmittag zu unterbreiten. Einen besonderen Schwerpunkt bildet dabei die Vorbereitung der Schülerinnen und Schüler auf den Übergang in das Berufsleben.

Anknüpfend an den Erfahrungen verschiedener empirischer Studien und angepasst an die hannoversche Bildungslandschaft sollen sich um die Schulstandorte verlässliche und interdisziplinäre Netzwerke aufbauen, die ihre Stärken gleichberechtigt für die Bildungsprozesse von Kindern einbringen. Die vorhandenen Ressourcen und Einrichtungen können durch eine optimale Verzahnung den gesellschaftlichen Bildungsauftrag qualitativ verbessern und auf die Lebensumwelt der Betroffenen anpassen.

Schülerinnen und Schüler erhalten dadurch eine Unterstützung durch differenzierte Instrumente, Angebote und Strategien um ihre Selbstständigkeit, Lebensbewältigung, Lernorganisation und berufliche Orientierung auszubauen. Ferner werden ihnen Chancen und Möglichkeiten geboten, eigene Interessen und Potenziale zu erkennen, um erreichbare Ziele bei der Berufswahl oder für den weiteren Bildungsweg zu verfolgen.

Daher hat die SPD-Ratsfraktion **250.000 Euro** speziell für den Ausbau von Netzwerken an Hauptschulen bereitgestellt.

Zusammenfassung

Zukunft und Bildung stehen im Mittelpunkt der Politik der SPD-Ratsfraktion. Vor dem Hintergrund einer unverantwortlichen und unsozialen Schulpolitik der CDU/ FDP-Landesregierung wird es immer wichtiger, die Chancengleichheit im Bildungswesen wieder herzustellen.

So wurden beispielsweise Grundschulen bei der Vergabe der IZBB-Mittel durch das Land Niedersachsen fast vollständig ausgeblendet. Darüber herrscht bei Grundschulleitungen und Fachleuten größtes Unverständnis, wird hier doch die Basis für die chancengleiche Teilhabe am Bildungsprozess gelegt.

Wird dieser Segregationsprozess noch durch die zu frühe Selektion von Kindern in weiterführende Schulen gefestigt, entsteht damit ein Teufelskreis, der ursächlich für die Bildungsmisere in Deutschland mitverantwortlich ist.

Daher will die SPD-Ratsfraktion mit Hilfe vernetzter Bildungsangebote, der Wiedereinführung der Hausaufgabenhilfe und dem Ausbau der Betreuung in Grund- und Hauptschulen eine gezielte Förderung der Kinder gewährleisten und Bildungsbenachteiligung kompensieren.

Der Bereich Schule, Bildung und Qualifizierung erfährt somit durch uns eine über die ohnehin bereits im Haushalt für Schule und Bildungsprojekte veranschlagten Haushaltsmittel eine Erhöhung um etwa 2 Millionen Euro.

»Wir sind die Schüler von heute, die mit Lehrern von gestern, in Gebäuden von vorgestern und mit Methoden aus dem Mittelalter auf die Probleme von morgen vorbereitet werden sollen.«

(Aussage einer Schülerin auf einer Diskussionsveranstaltung)

Link-Sammlung zum Thema Bildung

www.spd-landtag-nds.de

www.fluxus-hannover.de

www.lernende-regionen.de

www.bildungsserver.de

www.ganztagsschulen.de

www.ganztaegig-lernen.de

www.bertelsmann-stiftung.de

www.blk-bonn.de

www.dji.de

www.ies.uni-hannover.de

www.bildungsportal.nrw.de

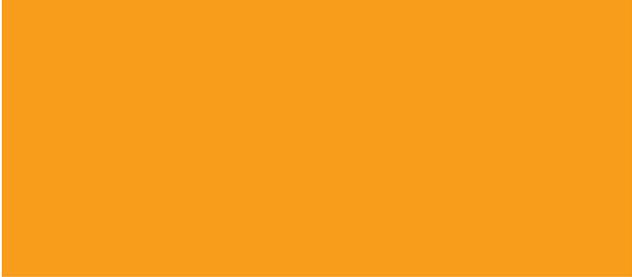
www.kmk.org

www.wegweiser-buergergesellschaft.de

www.hamburger-bildungsserver.de

www.albert-schweitzer-schule-hannover.de





Impressum

Herausgeber:

SPD-Fraktion im Rat der Landeshauptstadt Hannover

Friedrichswall 15

30159 Hannover

Telefon: 0511-168.45310

Fax: 0511-168.43624

e-mail: spd@hannover-stadt.de

www.spd-ratsfraktion-hannover.de

Redaktion:

Michael Klie

Claudia Göttler

Petra Himstedt

V.i.S.d.P.:

Klaus Huneke, Fraktionsvorsitzender

Gestaltung:

Sabine Panse, stilfrei grafikatelier, Hannover

Fotos:

Dokumentation »Treibhäuser der Zukunft«

von Reinhard Karl

Produktion: Archiv der Zukunft,

Deutsche Kinder- und Jugendstiftung;

Albert-Schweitzer-Schule, Harald Franke

Druck:

B·W·H GmbH, Hannover

Die Broschüre »Bildung ist Zukunft« der SPD-Ratsfraktion wird kostenlos verteilt bzw. ist in der Geschäftsstelle erhältlich.

Stand: Februar 2006





Geschäftsstelle der SPD-Ratsfraktion
Friedrichswall 15
30159 Hannover
Telefon: 0511-168.45310
Fax: 0511-168.43624
e-mail: spd@hannover-stadt.de
www.spd-ratsfraktion-hannover.de



Familie ist Zukunft



Ratsfraktion
Hannover

Gemeinsam für die Zukunft Hannovers

Die SPD-Fraktion im Rat der Landeshauptstadt Hannover entwickelt und beschließt realistische, finanzierbare kommunalpolitische Vorhaben. Zahlreiche abgeschlossene und aktuelle Projekte in dieser Stadt belegen das.

Im Rahmen einer Strategiedebatte über die künftige Stadtentwicklung benennen wir schon heute Leitthemen, die für eine Kontinuität unserer erfolgreichen Ratsarbeit für morgen stehen. Dabei verstehen wir uns als bestimmende Kraft bei der Gestaltung Hannovers unter Wahrung der Gesamtinteressen der Einwohnerinnen und Einwohner.

Besondere Schwerpunkte setzen wir im Bereich **Bildung** bei der Förderung und Vernetzung von vorhandenen Bildungsangeboten. In den Stadtteilen sollen generationenübergreifende Lernorte entstehen, die eine lebenslange (Weiter-) Bildung ermöglichen.

Für **Familien** werden wir für alle Generationen und Kulturen geeignete, vielfältige Angebote bereitstellen. Das reicht von Betreuungsmöglichkeiten, einer gezielten Sprachförderung über geeigneten Wohnraum für die verschiedenen Altersstufen bis zur Integration von MigrantInnen. Ehrenamtliches Engagement ist und bleibt dabei für den sozialen Zusammenhalt der Stadt unverzichtbar.

Eine nachhaltige Entwicklung der **Stadtteile** sichert die Zukunftsfähigkeit Hannovers. Sie erhöht die Lebensqualität in den Wohnquartieren, stärkt das Image und fördert die Identifikation mit der Stadt. Wir wollen die jeweiligen Stärken der Quartiere herausarbeiten und die Stadtteile in ihren sozialen, kulturellen und ökonomischen Verhältnissen stärken.

Durch eine lokal und regional ausgerichtete **Wirtschaftspolitik** fördern wir Unternehmensgründungen und -ansiedlungen. Dabei ist die erfolgreiche Vernetzung von Wirtschaft und Wissenschaft eine wesentliche Grundlage für den ökonomischen Erfolg.

Die Prognosen über die demografische und wirtschaftliche Entwicklung erfordern, Hannover im Wettbewerb der Städte und Regionen zu stärken und fit für die Zukunft zu machen. Gemeinsam haben wir viel erreicht, mit uns wird die Stadt ihre Stellung in Zukunft weiter ausbauen.

Klaus Huneke
Fraktionsvorsitzender



»Um ein Kind zu erziehen, braucht es ein ganzes Dorf, um allen Kindern in Hannover eine Zukunft zu geben, braucht es die ganze Stadt.«

Frei nach einem afrikanischen Sprichwort.

1. Unser Ziel

Wir wollen das familienpolitische Profil Hannovers für die Zukunft schärfen. Kinder und ihre Eltern, alte und junge Menschen sollen sich hier wohl fühlen. Die demografische Entwicklung wird den Anteil älterer Menschen in Hannover in Zukunft ansteigen lassen. Die Zahl junger Familien mit Kindern nimmt ab. Wir setzen uns dafür ein, dass die Stadt auch künftig für junge Menschen attraktiv bleibt und wir verstärkt Eltern mit Kindern als Neubürgerinnen und -bürger gewinnen.

Entscheidend für unser Ziel ist es, Kindern und Jugendlichen in Hannover von Geburt an gleiche Chancen auf Bildung, Gesundheit, Geborgenheit und gesellschaftliche Teilhabe zu ermöglichen. Wir werden eine systematische Familienorientierung in allen kommunalpolitischen Handlungsfeldern verankern und damit die Stadt für Familien lebenswerter und attraktiver machen.

Entscheidend für eine gute Entwicklung der Kinder ist das Gelingen von Erziehung, Betreuung und Bildung. Wir bekennen uns dabei klar zu einer gewaltfreien Erziehung, die für viele Kinder noch nicht Wirklichkeit ist. In unseren Beratungs- und Unterstützungsangeboten für Familien werden wird das Thema der gewaltfreien Erziehung als wichtigen Baustein verstärkt betonen.

Die Familienformen sind gerade in einer Großstadt bunt und vielfältig, aber sie haben eines gemeinsam: Mehrere Generationen leben unter einem Dach und gestalten ihr Leben gemeinsam. Jedes Familienmodell verdient gesellschaftliche Anerkennung. Familien bieten Zusammenhalt und Rückhalt, freie Entfaltung des Einzelnen, Sicherheit und Bindung. Die Erziehung und die Bildung in den Familien prägen die Entwicklungsmöglichkeiten der Kinder und späteren Erwachsenen entscheidend mit. Älteren Menschen bietet die Familie die Möglichkeit, die letzten Lebensjahre in Würde und mit vertrauter Fürsorge zu verbringen.

Für die SPD-Ratsfraktion hat die Kinder-, Jugend-, und Familienpolitik traditionell einen hohen Stellenwert. Wir wollen, dass sich Frauen und Männer nicht zwischen Beruf oder Familie entscheiden müssen, sondern beides für sich verwirklichen können. Erfahrungen aus anderen europäischen Ländern zeigen, dass Paare sich häufiger für Kinder entscheiden, wenn sich Familie und Beruf miteinander vereinbaren lassen. Eine umfassende Kinderbetreuung bedeutet, dass Eltern mit ihrer Berufstätigkeit ihr Einkommen sicherstellen können. Eine gute Kinderbetreuung ermöglicht darüber hinaus eine frühe Förderung der kindlichen Entwicklung.

Die SPD-Ratsfraktion will, dass Frauen und Männern als Eltern selbst ihre persönliche Balance zwischen Arbeit und Familie bestimmen können. Davon profitieren nicht nur die Familien und die Unternehmen, sondern auch die Stadtgesellschaft insgesamt. Also müssen die städtischen Betreuungssysteme noch vielfältiger und flexibler werden. Denn die Entscheidung für Kinder hat auch etwas mit Freiheit zu tun. Es geht darum, sich einen Wunsch erfüllen zu können, ohne gleichzeitig auf Beruf, Einkommen und vielleicht auch auf Karriere verzichten zu müssen. Und wir wollen, dass Männer und Frauen diese Entscheidung gleichberechtigt treffen und dabei jedes Kind von Anfang an die bestmögliche Förderung und Betreuung erhält.

Schon jetzt hat die Landeshauptstadt Hannover mit fast 19.000 Plätzen in Kindertagesstätten ein Betreuungsangebot erreicht, das ihr einen der ersten Plätze unter vergleichbaren Städten in den alten Bundesländern sichert. Trotzdem können und wollen wir noch besser werden und uns an die Spitze bringen!

Das ist schon erreicht:
90% aller Kinder ab drei Jahren besuchen einen Kindergarten. Knapp die Hälfte der Kindergartenplätze für drei bis sechsjährige wird ganztags, mehr als 20% der angebotenen Betreuungsplätze wird für fünf bis sechs Stunden einschließlich Mittagessen angeboten. Die Betreuungszeiten werden soweit als möglich den Wünschen der Eltern angepasst.

Für behinderte Kinder wurden zahlreiche integrative Betreuungsplätze eingerichtet. Momentan bietet die Stadt 78 integrative Betreuungsplätze im Stadtgebiet an. Die Einrichtung integrativer Gruppen ist derzeit ausschließlich im Kindergartenbereich umfassend gesetzlich geregelt.



2. Betreuung der Unter-Dreijährigen

Eine Umfrage bei jungen Eltern hat ergeben, dass der Bedarf nach qualifizierter Kinderbetreuung gerade für die ganz Kleinen bis zum dritten Lebensjahr größer als das vorhandene Angebot ist. Für diese Alterstufe werden Krippen und Krabbelplätze, aber auch Tagespflegepersonen nachgefragt.

Um dem Betreuungsbedarf der Unter-Dreijährigen Rechnung zu tragen, werden wir bis **2008 insgesamt 1.161 neue Betreuungsmöglichkeiten** (pro Jahr 387 Plätze) schaffen. Dann werden wir eine Versorgungsquote von 20% erreicht haben, was dem vorhandenen Bedarf entspricht. Das heißt, jedes Kind unter drei Jahren erhält die Betreuung, die es braucht, möglichst wohnungsnah. Für das Jahr 2006 haben wir dafür 623.000 Euro zur Verfügung gestellt.

Neue Einrichtungen sollen möglichst kostengünstig in bestehende Räumlichkeiten in den Stadtteilen einziehen. Insgesamt soll damit gewährleistet werden, dass das Betreuungsangebot in den einzelnen Stadtteilen flexibel angepasst werden kann.

Rund ein Drittel der Eltern von Kindern unter drei Jahren wünscht sich eine Betreuung für maximal sechs Stunden (Zwei-Drittel-Plätze). Deshalb werden wir neue Plätze mit kürzeren Betreuungszeiten schaffen.

3. Noch flexiblere Betreuungsangebote, Tagesmütter vorhanden

Die SPD-Ratsfraktion hat in den vergangenen Jahren ihre Anstrengungen für den weiteren Ausbau bedarfsge-rechter und flexibler Betreuungsangebote erheblich ver-stärkt. Die bestehenden Kita-Angebote sollen gerade in Bezug auf die Betreuungszeiten bedarfsgerecht weiter-entwickelt werden. So werden weitere 400 Plätze mit einem sechs Stunden Angebot entstehen.

Die städtische Tagespflegebörse und die Interessenge-meinschaft Tagesmütter vermitteln schnell und unbüro-kratisch Kinder aller Altersgruppen in Kinder-Tages-pflege, auch wenn kurzfristig eine Betreuung notwendig ist. Tagesmütter werden durch Kurse an der VHS gewon-nen, informiert, begleitet und qualifiziert. Es sind ausrei-chend Tagespflegeplätze vorhanden. Bei einer Erhebung im Jahr 2005 wurden insgesamt 1.032 Kinder in Tagespflege gezählt, davon fast 700 im Alter unter zwei Jahren. Wir sind dabei, in der Stadtverwaltung eine zen-trale Vermittlungsstelle für Kindertagesstätten- und Tagespflegeplätze einzurichten, um den Eltern unnötige Wege zu ersparen und flexibler auf veränderte und kurz-fristige Nachfragen reagieren zu können.

4. Werbung für den Kindergartenbesuch ab drei Jahren

In Hannover besuchen 90% der Kinder zwischen drei und sechs Jahren einen Kindergarten. Insbesondere bei den Unter-Dreijährigen wollen wir künftig verstärkt für einen Kindergartenplatz werben, vor allem bei den Eltern, die keine konkreten Vorstellungen von der Arbeit eines Kin-dergartens haben. Mit einem Tag der offenen Tür wollen wir Eltern mit kleinen Kindern die Gelegenheit geben, sich über das Betreuungsangebot in ihrer Nähe zu infor-mieren. Der Informationsbrief hierzu wird nicht nur in

Deutsch, sondern für Familien mit Migrations-hintergrund auch in den verbreitetsten Herkunftss-prachen verfasst.

5. Mehr Schulkinderbetreuung durch die »Schule im Stadtteil«

In den vergangenen Jahren haben wir die Zahl der Hort-plätze kontinuierlich ausgebaut. Stadtweit sind inzwi-schen 3.875 Hortplätze verfügbar. Nach der Einführung der verlässlichen Grundschule 2003 haben wir die Be-treuungszeit der Horte einheitlich auf 13 bis 17 Uhr festgelegt. Weiterhin sind die Horte während der Schul-ferien durchgehend ganztägig geöffnet, damit keine Betreuungslücken entstehen.

Zusätzlich runden so genannte »Innovative Modell-projekte« und zahlreiche schulergänzende Maßnahmen die Betreuungsangebote für Grundschul Kinder ab. Schul-ergänzende Angebote haben einen kürzeren Betreuungs-umfang und sind für die Eltern und ihre Kinder gedacht, die nur eine kürzere Zeit nach der Schule eine Aufsicht benötigen.

Wie eine Befragung gezeigt hat, besteht weiterer Bedarf, insbesondere an kostengünstigen Betreuungsangeboten. Wir haben deshalb bereits für das Jahr 2006 zusätzlich



1 Million Euro für die Schaffung weiterer Angebote zur Verfügung gestellt. Damit wollen wir vorrangig neue Angebote an den Grundschulen schaffen. Unser bildungspolitisches Ziel ist die »Schule im Stadtteil«, die in enger Kooperation mit anderen Trägern im Stadtteil wie Sportvereinen oder Musik- und Kultureinrichtungen, ein verlässliches und breites Bildungs- und Betreuungsangebot aufbaut. Dabei sind wir in besonderem Maße auf das Engagement der Schulen, der Eltern und der Einrichtungen im Stadtteil angewiesen.

Der Unterschied zwischen dem außerschulischen Leben und Lernen und dem schulischen Lernen sollte dabei möglichst gering gehalten werden. Die Schule muss sich folglich nach außen – zu den Familien und zum Umfeld hin – öffnen. Dies bedeutet eine Abkehr von der bloßen Unterrichtsschule hin zu einem **Lebensort Schule**, zu einem sozialen und kulturellen Erfahrungsfeld, in dem Leben und Lernen ineinander greifen. Die »Schule im Stadtteil« kann nur gelingen, wenn sie auf vielen Schultern getragen wird. Bis zum Ende der nächsten Ratsperiode wollen wir in jedem Stadtbezirk mindestens eine Grundschule zu einer »Schule im Stadtteil« weiterentwickeln.

6. Kindertagesstätten zu Familienzentren weiterentwickeln – Elternbildung verstärken

Eine frühe Förderung von Kindern ist umso erfolgreicher, je mehr die Familien einbezogen und Eltern in ihren Erziehungsaufgaben gestärkt werden. Die Fachkräfte in den Kindertagesstätten sollen deshalb mit den Eltern eine **Erziehungs- und Bildungspartnerschaft** aufbauen.

Wir wollen hierzu einige der bestehenden Kindertagesstätten zu **Familienzentren** entwickeln, die Angebote für

Eltern in Kooperation mit anderen Einrichtungen und Trägern im Stadtteil (wie Beratungs- und Kulturangebote, Elterncafés, Eltern-Kind-Sport, Sprachkurse für Mütter) anbieten. Stadtweit sind bereits vier solcher Familienzentren entstanden, weitere vier sind in Vorbereitung. Wir wollen, dass in allen Stadtbezirken (möglichst viele) Familienzentren entstehen. Die Sprachförderung von Kindern und Eltern wird dabei ein Schwerpunkt sein.

Diese Investitionen lohnen sich allemal. Denn es gilt: **Früh fördern statt spät reparieren!**

Hilfen für Familien durch Familienhebammen

Viele junge Mütter oder Väter bzw. Eltern sind mit der Erziehung ihrer Kinder überfordert und finden in ihrem persönlichen Umfeld keine ausreichende Unterstützung. Dies gilt insbesondere für Eltern mit problematischem sozialem und familiärem Hintergrund.

Wir wollen diese Familien mit Hilfe von Familienhebammen frühzeitig in ihrer Erziehungs- und Bildungsarbeit unterstützen und ihre Familienkompetenz fördern. Dazu werden wir das schon bestehende Angebot von Familienhebammen deutlich für bis zu 100 Eltern ausweiten und mit bestehenden Hilfsangeboten in den Stadtteilen verknüpfen. Damit wollen wir mehr Kindern gute Startchancen geben und Vernachlässigung und Gewalt in den Familien verhindern.



7. Kinderfreundliche Stadtteile und eine bunte Vielfalt bei der offenen Kinder- und Jugendarbeit

Kinder brauchen eigene Plätze, gerade in den Stadtteilen. Trotz knapper Kassen haben wir in den vergangenen Jahren gezielt in die Sanierung von Spielplätzen, Spielparks und Stadtplätzen investiert. Diese Programme werden wir fortsetzen. Dort wo neue Wohngebiete entstehen, werden wir neue Spielplätze zeitgleich mit der Wohnbebauung einrichten.

In den vergangenen Jahren haben wir das Angebot für die offene Jugendarbeit systematisch ausgebaut. Inzwischen bestehen in den Stadtteilen 22 Jugendzentren und Spielparks, 22 Kleine Jugendtreffs, 30 so genannte Lückekinderprojekte (für 10 bis 14-Jährige) und Spielparks in bunter Vielfalt. Die Einrichtungen der offenen Kinder- und Jugendarbeit sind ein wichtiger und unverzichtbarer Bestandteil der sozialen, kulturellen Infrastruktur und der Bildungslandschaft der Stadt. Wir wollen diese Angebote sichern und neuen Bedürfnissen und Trends anpassen.

8. Angebote für Freizeit und Ferien

Wir fördern seit Jahren ein breit gefächertes Angebot an Ferieneinrichtungen und Ferienlagern. Die Feriencard ermöglicht neben vielen anderen interessanten Angeboten gegen eine geringe Grundgebühr die Nutzung der Schwimmbäder und Museen. Der Ferienservice bietet viele Aktivitäten für alle Kinder an. Die Teilnahme soll noch einfacher werden, indem mehr Angebote auch spontan ohne Anmeldung durchgeführt werden können.

Ab Sommer 2006 ein zusätzliches und verlässliches Ferienangebot für Schulkinder

Wir werden in den Sommerferien 2006 erstmals für mehrere Wochen eine verlässliche Tages-Ferienbetreuung von Schulkindern in Stadtnähe zur Verfügung stellen. Damit wollen wir auch Kinder erreichen, deren Betreuung in den Ferienzeiten nicht durch andere Einrichtungen sichergestellt ist.

Prävention in der pädagogischen Arbeit mit Kindern und Jugendlichen

Für alle Kinder- und Jugendeinrichtungen ist vorbeugende pädagogische Arbeit sehr wichtig. Bewegungsmangel, schlechte Ernährung, intensive Mediennutzung, Konsum von Genussmitteln und Drogen sowie zunehmende Gewaltbereitschaft gefährden unsere Kinder. Wir sind bestrebt, diesen Gefährdungen durch fachgerechte Betreuung, Bildung und Erziehung entgegenzuwirken. Das Programm »happy kids« für übergewichtige Kinder aus dem Programm »Hannover-bewegt-sich« fand besonders großen Anklang, wie auch der Seilgarten »Wakitu« in der Eilenriede.

Gefördert werden Gewaltpräventionsprojekte wie der »Mitternachtssport«, an dem seit 1997 mehr als 10.000 Jugendliche teilgenommen haben. Die Sportvereine als wichtige Partner der Prävention werden mit Mitteln für Jugendförderungsprojekte auch weiterhin unterstützt.

9. Durch Sprachförderung die Bildungschancen verbessern

Bildung fängt mit Verstehen an. Deshalb ist Sprachkompetenz für die Entwicklungschancen für Kinder enorm wichtig. 40% der Kinder, die heute in Hannover geboren werden, kommen aus Familien mit Migrationshintergrund. Wir wollen, dass sich die Bildungschancen durch eine gezielte Sprachförderung von Kindern verbessern und sich herkunftsbedingte Ungleichheiten verringern.

Lange Zeit ging man davon aus, dass sich das Problem mangelnder Deutschkenntnisse mit zunehmender Aufenthaltsdauer von MigrantInnen über die Generationen hinweg von selbst auflösen würde. Diese Hoffnung hat sich auch in Hannover nicht erfüllt, obwohl inzwischen viele MigrantInnen seit 30 Jahren und in zweiter oder dritter Generation bei uns leben.

Kinder, die nicht in einer deutschsprachigen Familie aufwachsen oder deren Sprachentwicklung zu wenig gefördert wird, brauchen eine möglichst früh einsetzende, systematische Sprachförderung in den Kindertagesstätten. In rund 70 hannoverschen Kindertagesstätten mit einem hohen Anteil von Migrantenkinder oder Kindern aus besonders benachteiligten Familien gibt es bereits ein spezielles Sprachförderangebot. ErzieherInnen bilden sich zur Sprachförderung gezielt fort und Teams entwickeln Konzepte für ihre Einrichtung.

Wir werden die Sprachförderung bis 2008 auf 200 Kitas mit entsprechendem Förderbedarf ausweiten. Dabei wollen wir möglichst auch die Eltern in die Sprachförderung einbeziehen, da dies viel wirksamer ist als eine isolierte Förderung der Kinder. Entsprechende Projekte sind durch die Initiative der SPD-Ratsfraktion schon gestartet und 2005 wird erstmals eine halbe Million Euro zusätzlich für systematische Sprachförderprogramme bereit gestellt.

Das Sprachförderkonzept der Landeshauptstadt Hannover soll aus insgesamt drei Modulen bestehen:

- Systematische Qualifizierung und Fortbildung der ErzieherInnen in den Kindertagesstätten zu Sprachförderung
- Elternbildung in Müttergruppen nach dem Modell der »Stadtteilmütter« als Begleitung der Sprachförderung (auch Muttersprache)
- Zusätzliche Einzelfördermaßnahmen mit externen Fachkräften auf der Grundlage der bestehenden Landesförderprogramme.

Das Konzept kann nur mit allen drei Modulen erfolgreich sein, deshalb werden wir aktive Elternarbeit über »Stadtteilmütter« und Elterngruppen auch in Hannover





initiiert. Andere Länder wie etwa die Niederlande und auch deutsche Kommunen wie die Stadt Essen haben bereits sehr gute Erfahrungen mit systematischer Sprachförderung und begleitender Elternbildung gemacht. Inzwischen ist dieser Ansatz auch wissenschaftlich überprüft, der Erfolg der Maßnahmen wird durch eine deutlich höhere Schulfähigkeit der Migrantenkinder und bessere Schulleistungen in der Elementarstufe sichtbar. Davon profitieren schließlich alle Kinder.

Natürlich kann das Konzept angesichts von 1.400 Krippenplätzen, mehr als 13.000 Kindergartenplätzen und rund 4.000 Hortplätzen in Hannover nicht sofort flächendeckend umgesetzt werden. Deshalb soll im Jahr 2005 mit mindestens einer Einrichtung in jedem Stadtbezirk begonnen werden. Eine bedarfsgerechte, flächendeckende Einführung der Sprachförderung scheint damit in 3 bis 4 Jahren erreichbar.

Die SPD-Ratsfraktion misst der Qualifizierung und Fortbildung der Erzieherinnen und Erzieher in den Kindertagesstätten einen hohen Stellenwert bei. Im Elementarbereich soll die Sprachförderung in den pädagogischen Alltag – für deutschsprachige Kinder und solche mit anderer Muttersprache – integriert werden. Diese

Aufgabe erfordert die Qualifizierung und Fortbildung aller MitarbeiterInnen einer Kindertageseinrichtung und setzt voraus, dass Sprachförderung als Teil des Bildungskonzeptes von der Einrichtung als Ganzes angenommen wird.

10. Miteinander der Generationen

Wir wollen ältere Menschen mit ihrer Lebenserfahrung und ihren Kompetenzen nicht aufs Abstellgleis schieben, sondern verschiedene Generationen in vielen Bereichen des sozialen Lebens, der Bildung und der Kultur einbinden. Wir wollen ältere Menschen mit Kindern und Jugendlichen und jungen Menschen in Kontakt bringen und so ein altersübergreifendes Miteinander etablieren. Bereits bestehende Projekte wie Großelterndienste, generationenübergreifendes Wohnen, Lesen in Kitas, Hausaufgabenbetreuung und Leseunterstützung in Schulen, Handwerkerdienste, Hilfeleistungen im Alltag, Mentoren in sozialen Bereichen (Drogen, Gesundheit) und Patenschaften (Ausbildungen) werden wir weiterführen und aktiv für eine Ausweitung eintreten

Ältere MigrantInnen

In Hannover lebt eine zunehmende Anzahl älterer MigrantInnen. Ihre Interessen und Bedürfnisse müssen bei unseren Angeboten der Freizeitgestaltung, aber auch bei unseren Hilfeangeboten in besonderer Weise berücksichtigt werden. Erste Erfahrungen mit besonderen Angeboten für ältere MigrantInnen im Freizeitbereich oder mit Sprachförderung liegen bereits vor. Die Erfahrung zeigt, dass Integration auch im Alter über Bildungsangebote möglich ist. Wir werden die städtischen Angebote in den Bereichen Wohnen und Pflege im Alter verstärkt kultursensibel ausrichten und auch hier versuchen, generationsübergreifend Kontakte herzustellen und Jung und Alt gemeinsame Erfahrungen sammeln zu lassen.

Nützliche Telefonnummern für Familien in Hannover

Agentur Mary Poppins	0511 - 551 01 10
Auskunft Schulangelegenheiten	0511 - 168 431 75
Beratungsstelle gegen sexuellen Missbrauch – Region Hannover	0511 - 616 22 160
Beratungstelefon für Kinder, Jugendliche, Eltern und päd. Fachkräfte	0511 - 168 490 00
Beratungszentrum für Integrations- und Migrationsfragen der AWO	0511 - 219 78 140
Erziehungs- und Familienberatung	0511 - 85 87 77
Evangelisches Beratungszentrum Oskar-Winter-Straße	0511 - 62 50 28
Fachbereich Jugend- und Familie	0511 - 168 499 98
Familien- und Erziehungsberatungsstelle Caritas Verband e.V.	0511 - 85 35 02
Frauen- und Kinderschutzhaus Hannover	0511 - 69 86 46
Frauenhaus der Arbeiterwohlfahrt in der Region Hannover	0511 - 22 11 02
Frauenhaus Hannover »Frauen helfen Frauen« e.V.	0511 - 66 44 77
Großelterndienst der Diakonie	0511 - 368 71 65
Interessensgemeinschaft Tagesmütter e.V.	0511 - 62 33 02
Jugendferienservice Infohotline	0511 - 168 470 70
Jugend-, Familien- und Erziehungsberatung	0511 - 168 444 03
Jugend- und Drogenberatungszentrum Hannover (Drobs)	0511 - 701 460
Kinderärztliche Notfallsprechstunde	0511 - 811 53 00
Kinderschutzbund	0511 - 45 45 25
Kinderschutz-Zentrum in Hannover	0511 - 374 34 78
Kindertagesbetreuung, Infopunkt zur Vermittlung	0511 - 168 499 98
Kommunaler Seniorenservice Hannover	0511 - 168 423 45
Mädchenhaus Hannover e.V.	0511 - 44 08 57
Männerbüro	0511 - 219 78 595
Mütterberatungsstelle, Beratung für Mütter und Kinder	0511 - 168 437 88
Notruf e.V. für vergewaltigte Frauen und Mädchen	0511 - 332 11 2
pme Familienservice GmbH	0511 - 306 85 71
Präventionsprogramm Polizei-Sozialarbeit – PPS	0511 - 109 22 33
Notfallambulanz für Kinder	0511 - 380 300
Notruf für Schwangere	0800 - 605 00 40
pro familia – Beratungsstelle Hannover	0511 - 36 36 06
Senioren-Notruf	0511 - 98 39 90
Sorgentelefon der Städtischen Altenhilfe	0511 - 168-42345
Sorgentelefon für Kinder und Jugendliche, kostenlos	0800 - 111 03 33
Sorgentelefon für Menschen mit Behinderungen	0511 - 168 433 44
Sozialdienst katholischer Frauen e.V.	0511 - 164 05 60
Tagespflegebörse	0511 - 168 447 45
Telefonseelsorge	0800 - 111 0 111
Telefonische Stillberatung	0511 - 46 71 64
Verband alleinerziehender Mütter und Väter e.V.	0511 - 39 11 29
Violetta e.V. gegen sexuellen Missbrauch an Mädchen	0511 - 85 55 54
Winnicott Institut, Beratung in Fragen der Partnerschaft	0511 - 80 04 970

Impressum

Herausgeber:

SPD-Fraktion im Rat der Landeshauptstadt Hannover

Friedrichswall 15

30159 Hannover

Telefon: 0511-168.45310

Fax: 0511-168.43624

e-mail: spd@hannover-stadt.de

www.spd-ratsfraktion-hannover.de

Redaktion:

Ulrike Bittner-Wolff

Dr. Gudrun Koch

Julia Meyer

Claudia Göttler

Petra Himstedt

V.i.S.d.P.:

Klaus Huneke, Fraktionsvorsitzender

Gestaltung:

Sabine Panse, stilfrei grafikatelier, Hannover

Fotos:

Dokumentation »Treibhäuser der Zukunft«

von Reinhard Karl

Produktion: Archiv der Zukunft,

Deutsche Kinder- und Jugendstiftung,

Carmen Schröder

Druck:

B·W·H GmbH, Hannover

Die Broschüre »Familie ist Zukunft« der SPD-Ratsfraktion wird kostenlos verteilt bzw. ist in der Geschäftsstelle erhältlich.

Stand: Februar 2006



Geschäftsstelle der SPD-Ratsfraktion
Friedrichswall 15
30159 Hannover
Telefon: 0511-168.45310
Fax: 0511-168.43624
e-mail: spd@hannover-stadt.de
www.spd-ratsfraktion-hannover.de

Strategie Stadtteile stärken



Nachhaltige
Stadtteil-
entwicklung

Hannover
heißt
Zuhause

Stadtteil-
demokratie

Gewerbe-
beratung /
Gewerbe-
sozialplanung

Strategie
Stadtteile
stärken



Ratsfraktion
Hannover

Gemeinsam für die Zukunft Hannovers

Die SPD-Fraktion im Rat der Landeshauptstadt Hannover entwickelt und beschließt realistische, finanzierbare kommunalpolitische Vorhaben. Zahlreiche abgeschlossene und aktuelle Projekte in dieser Stadt belegen das.

Im Rahmen einer Strategiedebatte über die künftige Stadtentwicklung benennen wir schon heute Leitthemen, die für eine Kontinuität unserer erfolgreichen Ratsarbeit für morgen stehen. Dabei verstehen wir uns als bestimmende Kraft bei der Gestaltung Hannovers unter Wahrung der Gesamtinteressen der Einwohnerinnen und Einwohner.

Besondere Schwerpunkte setzen wir im Bereich **Bildung** bei der Förderung und Vernetzung von vorhandenen Bildungsangeboten. In den Stadtteilen sollen generationenübergreifende Lernorte entstehen, die eine lebenslange (Weiter-) Bildung ermöglichen.

Für **Familien** werden wir für alle Generationen und Kulturen geeignete, vielfältige Angebote bereitstellen. Das reicht von Betreuungsmöglichkeiten, einer gezielten Sprachförderung über geeigneten Wohnraum für die verschiedenen Altersstufen bis zur Integration von MigrantInnen. Ehrenamtliches Engagement ist und bleibt dabei für den sozialen Zusammenhalt der Stadt unverzichtbar.

Eine nachhaltige Entwicklung der **Stadtteile** sichert die Zukunftsfähigkeit Hannovers. Sie erhöht die Lebensqualität in den Wohnquartieren, stärkt das Image und fördert die Identifikation mit der Stadt. Wir wollen die jeweiligen Stärken der Quartiere herausarbeiten und die Stadtteile in ihren sozialen, kulturellen und ökonomischen Verhältnissen stärken.

Durch eine lokal und regional ausgerichtete **Wirtschaftspolitik** fördern wir Unternehmensgründungen und -ansiedlungen. Dabei ist die erfolgreiche Vernetzung von Wirtschaft und Wissenschaft eine wesentliche Grundlage für den ökonomischen Erfolg.

Die Prognosen über die demografische und wirtschaftliche Entwicklung erfordern, Hannover im Wettbewerb der Städte und Regionen zu stärken und fit für die Zukunft zu machen. Gemeinsam haben wir viel erreicht, mit uns wird die Stadt ihre Stellung in Zukunft weiter ausbauen.

Klaus Huneke
Fraktionsvorsitzender



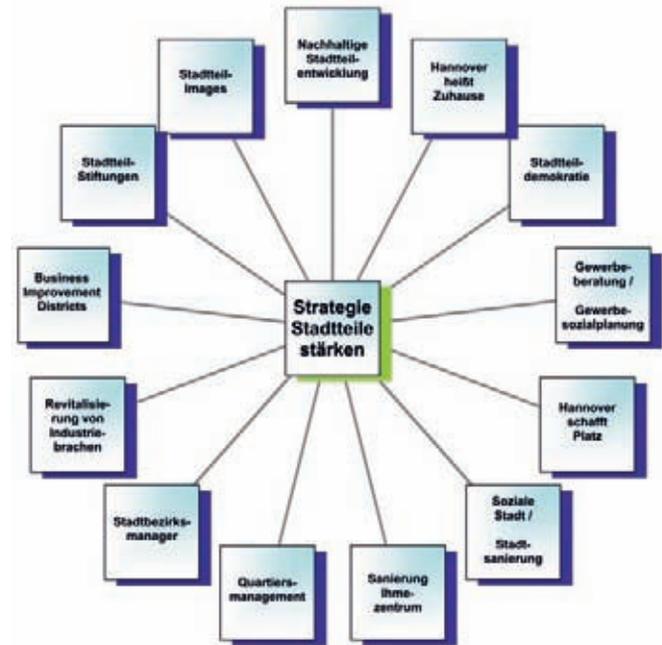
Strategie »Stadtteile stärken«

Die Stadt ist wieder »in«: Wissenschaftler sprechen von einer Renaissance der Städte, wenn sie über die neue Anziehungskraft der Städte diskutieren. Wer in der Stadt eine attraktive »Bleibe« findet, der zieht auch nicht aufs Land. Kurze Wege, Kultur-, Bildungs- und Freizeitangebote, attraktive Einkaufsmöglichkeiten, Vielfalt und Lebendigkeit, urbanes Flair, die Stadt besinnt sich auf ihre Potenziale.

Die Wohnungswirtschaft entdeckt alte Industrieareale als Wohnstandorte. Was noch vor wenigen Jahren undenkbar war, ist inzwischen Realität: neben dem Ihmezentrum als Symbol des Wohnungsbaus der 1960er Jahre ist mitten in Linden auf dem ehemaligen Gelände einer Brauerei mit dem Gilde-Carrée ein attraktives Einfamilienhausgebiet entstanden. Baugemeinschaften gründen sich stadtweit. Gründerzeitviertel erstrahlen in neuem Glanz. Das Wohnen am Wasser erhält mit dem Neubaugebiet Lister Blick am Mittellandkanal eine neue Qualität. Und in Wettbergen entsteht eine Vorzeige-Passivhaussiedlung.

Jedes dieser verschiedenen Wohnquartiere ist für die Bewohnerinnen und Bewohner ein Stück Heimat geworden, ein Ort der Identifikation, an dem man gerne lebt und für den man sich gerne engagiert:

- 88 Prozent der Hannoveranerinnen und Hannoveraner leben sehr gern oder gern in unserer Landeshauptstadt.
- Mehr als die Hälfte der Bevölkerung wohnt 20 Jahre oder länger im jetzigen Stadtteil.
- Und die Menschen schätzen dabei besonders die hohe Wohn- und Lebensqualität: die Nähe von Grün- und Erholungsflächen, die guten Verkehrsanbindungen, die zentrale Lage bzw. Nähe zur Innenstadt, die guten Einkaufsmöglichkeiten vor Ort, die gute Infrastruktur und die Nachbarschaft.



Diese Zufriedenheit ist kein Zufall, sondern das Produkt einer kontinuierlichen und zukunftsorientierten Stadtentwicklungspolitik der SPD-Ratsfraktion. Sich darauf auszuruhen, ist nicht unsere Philosophie. Neben den herausragenden Leuchttürmen der modernen Großstadt setzen wir deshalb auch weiterhin auf starke und selbstbewusste Stadtteile mit lebendigen Zentren und zufriedenen, kreativen Menschen.

13 PlusPunkte für Vielfalt und Lebendigkeit

Nicht nur der demografische Wandel stellt die Landeshauptstadt Hannover in den kommenden Jahren vor große Herausforderungen. Die Trends des städtischen Gemeinwesens lauten: wir werden weniger, grauer, bunter und – in Teilen – ärmer. Begreifen wir diese Trends als Chance für die weitere Entwicklung. Dabei gilt es, im Wettbewerb mit dem Umland und mit anderen Großstädten zu bestehen und gleichzeitig ein sozial ausgewogenes Klima in der Stadtgesellschaft aufrecht zu erhalten.

Nach dem Vorbild der erfolgreichen Verkehrs- und Wirtschaftsforen hat der Rat 2004 auf SPD-Initiative beschlossen, Modellprojekte für ganzheitliche und **nachhaltige Stadtteilentwicklung** in folgenden Stadtteilen umzusetzen:

- Ricklingen / Ricklinger Stadtweg
- Kleefeld / Kantplatz
- Mitte / Warmbüchenviertel
- Vahrenwald / Vahrenwalder Straße
- Döhren / Fiedeler Straße
- Badenstedt / Badenstedter Markt
- Mitte / Calenberger Neustadt
- List / Podbielskistraße
- Oststadt / Lister Meile

Mit Hilfe von Stadtteilkonferenzen werden unter Beteiligung von Bürgerinnen und Bürgern sowie lokalen Akteuren aus den Bereichen Wohnen, lokale Ökonomie und Beschäftigung, Soziales, Jugend, Kultur, Bildung, Sport und Vereinswesen Konzepte zur nachhaltigen Verbesserung von Lebensqualität, Stadtteilidentitäten und positive Standort-Images entwickelt.

In ersten Arbeitsschritten sind hierzu für die o. a. Stadtquartiere Bestands- sowie Stärken-Schwächen-Analysen angefertigt worden, aus denen **Stadtteil-Leitbilder** und entsprechende Einzelvorhaben entwickelt wurden.

Gleichzeitig dienen die Leitbilder als Grundlage für den Dialog mit den Beteiligten im Stadtteil — der Wohnungswirtschaft, dem Einzelhandel, den Trägern der öffentlicher Einrichtungen und vor allem der Stadtteilöffentlichkeit: Sie sollen damit auch Impulse für private Investitionen geben. Intakte soziale Netze und Infrastrukturen sind letztlich auch eine Voraussetzung, um die Stadt-Umland-Wanderung zu bremsen und die Stadt auch für Bewohner des Umlands attraktiv zu machen.

Auf SPD-Initiative hat der Rat zum Haushalt 2006 zudem beschlossen, für die Umsetzung von konkreten Maßnahmen aus den Modellprojekten Sach- und Investitionsmittel in Höhe von insgesamt 600.000 Euro zur Verfügung zu stellen.

PlusPunkt 3: »Hannover heißt Zuhause«

Hannover hat als Wohnstandort vieles zu bieten. Dennoch wanderten in den vergangenen Jahren zumeist junge Familien mit Kindern und kinderlose Paare ins Umland ab. Damit verliert Hannover einen wichtigen Teil seiner Bevölkerung, der häufig zu den gesellschaftlich und politisch Aktivsten zählen. **»Hannover heißt Zuhause«** verfolgt das Ziel, den Wohnstandort Hannover für die Einwohnerinnen und Einwohner – und hier vor allem junge Menschen und ihre Familien – attraktiv zu halten bzw. attraktiver zu machen. Deshalb wurde 2003 die Kommunikations- und Marketingkampagne **»Hannover heißt Zuhause«** gestartet, mit der die Menschen auf die Qualitäten des Wohnens in Hannover und ihres Zuhauses aufmerksam gemacht werden sollen.

Zu den konkreten Projekten gehören beispielsweise die Schaffung neuer qualitätsvoller Wohnangebote in der Stadt wie etwa der Lister Blick, das Gilde-Carrée in Linden, Vasati in der Südstadt, die städtischen Angebote im Rahmen des **Einfamilienhausprogramms**, aber auch die Verbesserung der Wohnqualitäten im Bestand, insbesondere in Hannovers City nahen Gründerzeitquartieren. Auch der **Hannover-Kinder-Bauland-Bonus** ist hier zu nennen. Aufgabe von **»Hannover heißt Zuhause«** ist es, ein **»Wir-Gefühl«** unter den Menschen in den Stadtteilen zu unterstützen. Die Menschen in dieser Stadt sollen darin bestärkt werden, sich in ihrem Wohnumfeld wohl zu fühlen. Begleitet durch identitätsstiftende Aktionen sollen mit Werbemaßnahmen und Öffentlichkeitsarbeit der Kampagne soll als sichtbares Zeichen eines funktionierenden Stadtteillebens bewusster gemacht werden, dass das Gefühl **»sich Zuhause zu fühlen«** sehr wichtig ist.

PlusPunkt 4: Stadtteil-Images

Nichts ist für einen Stadtteil fataler, als ein falsches oder gar kein Image zu haben. Neben **»Hannover heißt**

Zuhause« hat der Rat auf Initiative der SPD-Ratsfraktion 2004 beschlossen, gezielte Imagekampagnen in ausgewählten Stadtteilen durchzuführen, die insbesondere die Veränderung bzw. Verbesserung des **Stadtteil-Images** bewirken sollen.

Ziel des Projektes **Stadtteil-Images**« ist es, mit Hilfe kleinerer Kampagnen und Maßnahmen zusammen mit den Stadtteilbewohnern am »richtigen« Image zu feilen, die Stärken der Quartiere herauszuarbeiten und das örtliche Bürgerengagement zu unterstützen.

Im **Sahlkamp** gibt es neben Nahversorgungsproblemen (Ladenleerstände) vor allem eine mangelnde Stadtteil-Identifikation. Viele Bewohner der besseren Wohngegenden im Stadtteil vermeiden es sogar, den Namen Sahlkamp zu erwähnen und bezeichnen sich als »Bothfelder« oder »Klein-Buchholzer«, weil der Sahlkamp meist nur mit dem sozial stigmatisierten Hochhausviertel in Verbindung gebracht wird. Aufbauend auf den Ergebnissen der 2002 stattgefundenen Zukunftskonferenz »Sahlkamp 2010« und zur Unterstützung der vom Bezirksrat Bothfeld-Vahrenheide initiierten »Marktanalyse für den Sahlkamp« wird mit Hilfe des Projektes versucht, Leitbild und Image des Stadtteiles aufzubessern.

In Diskussionen zwischen Politik und Wirtschaftsforum **Südstadt** hat sich herausgestellt, dass der Informationsstand von Maklern, Wohnungssuchenden, Vermietern und Gewerbetreibenden über die Strukturen im Stadtteil sehr schlecht ist (vielfach wird die Südstadt noch als überalterter Beamtenstadtteil gesehen). Andererseits boomt es im Stadtteil: Familien mit Kindern wohnen hier gern, die Zentrumsnähe wird allseits geschätzt, am Südbahnhof entsteht ein Einkaufszentrum, hochwertiger Wohnungsneubau gibt der Südstadt neues Flair. Die Kampagne soll u. a. dazu dienen, den Informationsfluss zu verbessern, Leerständen mit einer Kampagne »Standort Südstadt« frühzeitig zu begegnen und der Südstadt ein neues Leitbild (Orientierung, Identifikation, Image) zu geben.

In den Stadtteilen **Misburg** und **Linden** sollen die zentralen Einkaufsbereiche Meyers Garten und Limmerstraße, die in



der Vergangenheit bzw. gegenwärtig größeren Umstrukturierungsprozessen (Ladenleerstände, Geschäftsaufgaben, Inhaberwechsel, Fußgängerzone) ausgesetzt sind, mit Hilfe von Image fördernden Kampagnen aufgewertet werden.

PlusPunkt 5: »Hannover schafft Platz« – das Stadtplatzprogramm

»Hannover schafft Platz« ist ein Highlight hannoverscher Kommunalpolitik. Fünf Jahre sind seit dem Start des Stadtplatzprogramms vergangen. Es ist die Erfolgsgeschichte einer Initiative der SPD-Ratsfraktion. Das Stadtplatzprogramm ist in seiner Zielsetzung und bürgerfreundlichen Durchführung ein ausnehmend gewichtiger Baustein für die Lebensqualität in der Stadt. Es nimmt richtungweisend alle Leitthemen der Stadtentwicklungsstrategie »HannoverplusZehn« auf und stärkt die Stadtteile nachhaltig in ihren sozialen, kulturellen und ökonomischen Verhältnissen.

Mit insgesamt 258 Stadtplätzen besitzt die Landeshauptstadt Hannover ein beachtliches Potenzial an attraktiven Stadträumen. Plätze schaffen Heimat und Lebensgefühl. Als »kleine Leuchttürme« sind sie fester Bestandteil der Lebensqualität im Wohnquartier, stiften Stadtteilidentität, sind Zentren der Begegnung im öffentlichen Raum, zumeist auch Bestandteil der lokalen Einkaufsszene.

»Hannover schafft Platz« hatte sich 1999 zum Ziel gesetzt, rund ein Drittel der Hannoverschen Stadtplätze innerhalb von 10 Jahren zu neuem Leben zu erwecken.

Stadtplatzprogramm

Andreaestraße, Mitte	2.500 Euro
Bonifatiusplatz, List	236.000 Euro
Platz an der Bothfelder Kirche, Bothfeld	48.000 Euro
Bahnhofplatz Kleefeld	115.000 Euro
Am Bache, Anderten	184.000 Euro
Bemeroder Rathausplatz	120.000 Euro
Geibelplatz, Südstadt	90.000 Euro
Oesterleyplatz, Südstadt	253.000 Euro
Sallplatz, Südstadt	400.000 Euro
Fiedelerplatz, Döhren	374.000 Euro
Butjerbrunnenplatz, Oberricklingen	288.000 Euro
Schünemannplatz, Ricklingen	179.000 Euro
Eingangsplatz Von-Alten-Garten, Linden	373.000 Euro
Stephanusstraße, Gartenallee, Linden	97.000 Euro
Ahlemer Rathausplatz	400.000 Euro
Badenstedter Markt	235.000 Euro
Davenstedter Markt	100.000 Euro
Borglingstraße/Immelmannstraße	71.500 Euro
Herrenhäuser Kirchplatz, Hegebläch	79.000 Euro
Vinnhorster Rathausplatz	90.000 Euro
Beleuchtung Mühlenberger Markt	6.000 Euro
Eingangsplatz Zoovierteil	270.000 Euro
Neustädter Markt	52.000 Euro
Küchengartenplatz (in Arbeit)	ca. 700.000 Euro
Schwarzer Bär (in Arbeit)	ca. 180.000 Euro
Jahnplatz (in Arbeit)	ca. 950.000 Euro
Sahlkampmarkt (in Planung)	
Meyers Garten (in Planung)	

Es galt städtebauliche und auch historische Bezüge und Sichtbeziehungen wieder herzustellen, Plätze zu entrümpeln und neu zu ordnen, die Aufenthaltsqualität zu verbessern und die Eigenart der Plätze auszubauen, neue Entfaltungsmöglichkeiten für Kinder im Stadtteil zu

schaffen, Nutzungskonflikte zu entspannen, die Sauberkeit dauerhaft zu verbessern und eine neue Pflegekultur für das Stadtgrün zu entwickeln.

Mit mehr als vier Millionen Euro sind inzwischen 24 Stadtteilplätze in allen Teilen der Stadt aufgewertet und teilweise umgestaltet worden – unter großer Beteiligung und mit viel Engagement der jeweiligen Bevölkerung. Egal ob Kinder, Jugendliche, Familien oder Senioren: sie alle haben mit dazu beigetragen, dass »ihr« Platz um die Ecke ein Stück lebens- und liebenswerter geworden ist.

PlusPunkt 6: Soziale Stadtsanierung – Soziale Stadt

1999 haben Bund und Länder das Förderprogramm »Stadtteile mit besonderem Entwicklungsbedarf – die soziale Stadt« eingeführt, um der sich verschärfenden sozialen und räumlichen Spaltung in den Städten entgegenzusteuern. In Hannover wurden die Gebiete Mittelfeld und Hainholz und als Modellprojekt Vahrenheide-Ost in das auf Partizipation, Integration und Kooperation angelegte Programm aufgenommen.

Folgende Ziele stehen dabei im Vordergrund:

- Verbesserung der Wohnsituation (Sanierung und Renovierung der Häuser) und der Lebensbedingungen der Quartiersbevölkerung sowie die wirtschaftliche Lage im Stadtteil.
- Die Lebenschancen der Gebietsbewohnerinnen und -bewohner durch Vermittlung von Fähigkeiten, Fertigkeiten und Wissen zu erhöhen.
- Gebietsimage, Stadtteilöffentlichkeit und Identifikation mit den Quartieren zu stärken.

Ein Schwerpunkt der Sanierung des knapp 8.200 Einwohner zählenden Stadtteils Mittelfelds ist der Umbau und die Modernisierung zu familiengerechten Wohnungen. Bislang konnten 48 Wohnungen umgebaut werden. Daneben wurden 153 Wohnungen mit Städtebaufördermitteln energetisch saniert. Weitere 83 Wohnungsum-

bauten sind in Arbeit. Dabei wurden auch vier behindertengerechte Wohnungen geschaffen. Insgesamt 55 Wohnungen sind durch die Modernisierungen barrierefrei umgestaltet worden. Insgesamt sollen in die Sanierung Mittelfelds rund 29,5 Mio. Euro investiert werden, davon 7,13 Mio. Euro aus Städtebaufördermitteln.

Im Sanierungsgebiet **Hainholz** leben 6.700 Personen. Ein Viertel der Hainhölzer bezieht Hilfen vom Staat wie Arbeitslosengeld, ALG II oder Sozialhilfe. Die städtebauliche Struktur des Quartiers ist geprägt von der historischen Entwicklung des Stadtteils, der in unterschiedliche Teilbereiche zerfällt. Nutzbare öffentliche Freiräume sind nicht vorhanden.

Deshalb wurde mit dem Städtebaulichen Rahmenplan ein Zielkonzept für die weitere Entwicklung verabschiedet, das vor allem für die ansässigen Gewerbebetriebe, den Wohnungsneubau und die Entstehung öffentlichen Grüns Entwicklungsmöglichkeiten bietet. Zudem sind der Bau eines Kinder- und Jugendhauses sowie die Umwandlung des Hainhölzer Bades, eine der bedeutendsten Einrichtungen im Stadtteil, in ein Naturfreibad vorgesehen. Bisher wurden für Hainholz 3,8 Mio. Euro Städtebaufördermittel von Bund und Land bewilligt.

Das älteste Sanierungsgebiet ist **Vahrenheide-Ost**. Es entstand zwischen 1955 und 1974 als erste niedersächsische Großwohnsiedlung, ist 73 ha groß und beherbergt rund 7.000 Menschen. Die Modernisierung von mittlerweile 554 Wohneinheiten sind bei gleichzeitiger Neugestaltung der Gebäudebezogenen Freiflächen sichtbare Ergebnisse der insgesamt 10 Mio. Euro kostenden Sanierung und Gebietsentwicklung. Mit dem Abriss der Hochhäuser im Klingenthal und der Wiederbebauung mit Einfamilien-Reihenhäusern ab 2006 soll das Gebiet zusätzlich aufgewertet werden.

Mit der Umgestaltung des Emmy-Lanske-Hauses zu einem familienorientierten Zentrum mit Kita und Altenwohnungen hat sich die Einrichtung zu einem Stadtteilzentrum entwickelt. Nahezu abgeschlossen ist die Stärkung des Nahversorgungszentrums am Vahrenheider Markt.

Allein aus den unterschiedlichen Haushaltsstellen des Sozialdezernates fließen jährlich rund 400.000 Euro in die drei Stadtteile für sozial begleitende Maßnahmen wie pädagogische Mittagstische, Hausaufgabenhilfe, begleitetes Wohnen, Beteiligungsmodell für den Aufbau eines Kinder- und Jugendhauses in Hainholz, Wohnumfeldverbesserungen, Gesundheitstreffs, Nachbarschaftshilfen u.v.m.

PlusPunkt 7: Gewerbeberatung – Gewerbesozialplanung

Zur Unterstützung der Aktivitäten in den drei Sozialstadt-Gebieten Mittelfeld, Hainholz und Vahrenheide-Ost hat im Februar 2006 ein Projekt begonnen, das sich mit Hilfe externer Planungsbüros vorrangig um die Sicherung und Entwicklung der dort liegenden Gewerbebestände und ansässigen Betriebe sowie ansiedlungsinteressierte Gewerbemieten, Existenzgründer und Investoren kümmern soll. Daneben hat die Sicherung der Versorgung der Stadtteilbevölkerung mit Lebensmitteln und Dienstleistungen sowie der bestehenden und Förderung neuer Arbeitsplätze in den Quartieren Priorität. Hierzu sollen für die einzelnen Standorte Nutzungskonzepte zusammen mit den Gewerbetreibenden entwickelt werden.



PlusPunkt 8: Business Improvement Districts (BID)

BIDs sind in Kanada und den USA entstanden. Meist handelt es sich um Geschäftsbezirke, die aufgrund veränderten Einkaufsverhaltens von den Kunden gemieden werden. Um nun dieser Abwärtsspirale (weniger Einnahmen – Geschäftsaufgaben – Verschlechterung der Situation im Geschäftsbezirk – weniger Kunden) entgegenzutreten, entwickelten die Geschäftsleute und Grundeigentümer einen für diesen Bezirk feststehenden Verein/Zusammenschluss. Nach einem mehrheitlichen Beschluss aller Geschäftsleute und allen Grundstückseigentümern des Bezirks, müssen nun alle eine feste Abgabe, die mit der Grundsteuer von der Verwaltung eingezogen wird, bezahlen. Die Verwaltung gibt nach der Einnahme dieses Kapitals, dieses vollständig an das BID zurück, so dass für die Aufwertungsmaßnahmen eine solide Finanzierung vorhanden ist. Wie das BID-Kapital re-investiert wird, entscheidet das jeweilige BID-Management. Damit können einmalige Investitionen in einen Straßenumbau oder aber auch kleinere Dienstleistungen gemeint sein, wie z. B. das Entfernen von Graffiti.

BIDs sind in Niedersachsen noch Zukunftsmusik. Die SPD-Ratsfraktion appelliert daher an den Landesgesetzgeber, BIDs auch in Hannover zuzulassen, damit das gemeinsame Engagement von Geschäftsleuten für zentrale Stadtteileinkaufslagen zum Wohle des Gemeinwohls genutzt werden kann.

PlusPunkt 9: Quartiersmanagement

Methoden der Gemeinwesenarbeit und des Quartiersmanagements werden vor allem in Stadtteilen eingesetzt, in denen sich soziale Probleme und Benachteiligungen kumulieren. Ihre Ziele sind, zum einen alle für das Gebiet relevanten Akteure (Bewohnerinnen und Bewohner, Eigentümer, lokale Organisationen, Politik, Verwaltung,

Wirtschaft) zusammenzubringen, um Ressourcen zu bündeln, zum anderen, die Bewohnerinnen und Bewohner und ihre Selbsthilfepotenziale für den Stadtteil zu aktivieren. Nach den guten Erfahrungen in den Soziale-Stadt-Gebieten hat der Rat auf SPD-Initiative 2004 beschlossen, in weiteren sozial benachteiligten Stadtteilen wie Linden-Süd, Teilen des Mühlenbergs usw. die städtische Gesellschaft für Bauen und Wohnen (GBH) mit Aufgaben des Quartiersmanagements zu beauftragen, da sie als ansässiges Wohnungsunternehmen gut zur sozialen Stabilisierung der Quartiere beitragen kann.

PlusPunkt 10: Stadtbezirksmanager

Die ehrenamtlichen Stadtbezirksräte sind erste Anlaufstation für die Bürgerinnen und Bürger, Initiativen, Vereine und Netzwerke aus den Stadtteilen. Eine stärkere Identifikation mit dem Stadtteil und der Stadtteilpolitik führt unseres Erachtens über eine verstärkte Teilhabe und eine verbesserte Koordination der verschiedenen Stadtteilakteure. Professionelle Unterstützung an der Schnittstelle von Bevölkerung, Politik und Verwaltung könnten Stadtbezirksmanager leisten. Die Stadtbezirksmanager sollen Ideen und Projekte aus dem Stadtbezirk aufgreifen, unterstützen und auch initiieren. Als zentrale Anlaufstelle übernehmen sie die Position des »Kümmers« im Stadtbezirk. Beim Stadtbezirksmanager werden alle Stadtteilaktivitäten der Verwaltung (Offene Kinder- und Jugendarbeit, Stadtteilkulturarbeit, Vernetzte Dienste, Gemeinwesenarbeit, KSD usw.) angebunden.

PlusPunkt 11: Stadtteil-Stiftungen

Aktive Bürgerinnen und Bürger sowie Politiker aus den Stadtteilen Sahlkamp und Vahrenheide haben Ende 2004 die erste Stadtteil-Stiftung Niedersachsens gegründet. Nach dem Vorbild von Bürgerstiftungen haben über drei-

Big Stifterinnen und Stifter, darunter der Verein Selbsthilfe Sahlkamp, Mitglieder des Bezirksrates Bothfeld-Vahrenheide und des Rats der Stadt Hannover, Kirchengemeinden, die beiden ansässigen Wohnungsgesellschaften GBH und BauBeCon, Schulen und viele Kleinspender mit ihrem bürgerschaftlichen Engagement Verantwortung für ihre Stadtteile übernommen. Mit Zinserlösen und zusätzlichen Spenden werden seitdem Initiativen und Einrichtungen für Kinder, Familien und Senioren in den beiden Stadtteilen unterstützt. Sammeln und Vermehren des Stiftungskapitals ist das Eine. Über diesen Prozess engagieren sich viele Bewohner und Einrichtungen für ihren Stadtteil, identifizieren sich mit ihrem Quartier, erzeugen Zusammengehörigkeit und lokale Vernetzung.

Nach dem Vorbild der Stadtteil-Stiftung Sahlkamp-Vahrenheide soll auf Beschluss des Rates ab 2006 der Aufbau vier weiterer Stadtteil-Stiftungen mit insgesamt 100.000 Euro unterstützt werden: für jeden Euro aus dem Stadtteil gibt die Stadt einen Euro als Zuschuss für das notwendige Gründungskapital von 50.000 Euro.

PlusPunkt 12: Revitalisierung von Industriebrachen

Industrie- und Bahnbrachen bilden in einigen Stadtteilen ein enormes Entwicklungspotenzial. Meist liegen sie zentral im Stadtteil und sind gut erschlossen. Die alte Nutzung hat meist Spuren in Form von Altlasten hinterlassen.

Der derzeitige Schwerpunkt der Sanierung in Limmer ist die Vorbereitung des ehemaligen Conti-Geländes für eine Wohnbebauung. Knapp 5 Mio. Euro sind bislang in den Abriss alter Industrieanlagen und Gebäuden investiert worden. Der Rahmenplan für die Entwicklung der Wasserstadt Limmer ist beschlossen, derzeit wird die Bauleitplanung vorbereitet.

Die Planungen auf dem Gelände des **Südbahnhofs** sind

weit fortgeschritten. Ein Investor hat einen Großteil des südlichen Südbahnhofsgeländes erworben und wird dort einen Baumarkt, einen Elektro-Fachmarkt und ein großes Lebensmitteleinkaufszentrum errichten. Auch andere Konzerne haben den Wert des Geländes in der direkten Nachbarschaft zur bevölkerungsreichen Südstadt erkannt. Eine neue Straße über das Gelände soll insbesondere LKW-Belastungen in der Südstadt vermeiden.

PlusPunkt 13: Sanierung Ihmezentrum

Der Durchbruch nach jahrelangen quälenden Diskussionen um die **Revitalisierung des Ihmezentrums** scheint gelungen. Im Bereich der halb-öffentlichen Flächen und den Gewerbeflächen und Läden verwaahrloste der Betonklotz an der Ihme zunehmend schneller. Ebenerdig entsteht rund um ein SB-Warenhaus als Ankermieter ein **neues Einkaufszentrum**. Die Stadt Hannover wird den Prozess mit über 4,5 Mio. Euro sowie der Anmietung zahlreicher Büroräume aktiv unterstützen. Zur Begleitung der Umbaumaßnahmen und zur Beteiligung der Bewohnerinnen und Bewohner wurde ein Beirat gegründet.





Impressum

Herausgeber:

SPD-Fraktion im Rat der Landeshauptstadt Hannover
Friedrichswall 15
30159 Hannover

Telefon: 0511-168.45310

Fax: 0511-168.43624

e-mail: spd@hannover-stadt.de

www.spd-ratsfraktion-hannover.de

Redaktion:

Albert Rehse

Thomas Hermann

V.i.S.d.P.:

Klaus Huneke, Fraktionsvorsitzender

Gestaltung:

Sabine Panse, stilfrei grafikatelier, Hannover

Fotos:

Stadt Hannover

Albert Rehse

Druck:

B·W·H GmbH, Hannover

Die Broschüre »Strategie Stadtteile stärken« der SPD-Ratsfraktion wird kostenlos verteilt bzw. ist in der Geschäftsstelle erhältlich.

Stand: Februar 2006





Geschäftsstelle der SPD-Ratsfraktion
Friedrichswall 15
30159 Hannover
Telefon: 0511-168.45310
Fax: 0511-168.43624
e-mail: spd@hannover-stadt.de
www.spd-ratsfraktion-hannover.de

Stadtteil-
Images

Stadtteil-
Stiftungen

Business
Improvement
Districts

Dynamisches Hannover

Stadt der Wirtschaft
und Wissenschaft



Ratsfraktion
Hannover

Gemeinsam für die Zukunft Hannovers

Die SPD-Fraktion im Rat der Landeshauptstadt Hannover entwickelt und beschließt realistische, finanzierbare kommunalpolitische Vorhaben. Zahlreiche abgeschlossene und aktuelle Projekte in dieser Stadt belegen das.

Im Rahmen einer Strategiedebatte über die künftige Stadtentwicklung benennen wir schon heute Leitthemen, die für eine Kontinuität unserer erfolgreichen Ratsarbeit für morgen stehen. Dabei verstehen wir uns als bestimmende Kraft bei der Gestaltung Hannovers unter Wahrung der Gesamtinteressen der Einwohnerinnen und Einwohner.

Besondere Schwerpunkte setzen wir im Bereich **Bildung** bei der Förderung und Vernetzung von vorhandenen Bildungsangeboten. In den Stadtteilen sollen generationenübergreifende Lernorte entstehen, die eine lebenslange (Weiter-) Bildung ermöglichen.

Für **Familien** werden wir für alle Generationen und Kulturen geeignete, vielfältige Angebote bereitstellen. Das reicht von Betreuungsmöglichkeiten, einer gezielten Sprachförderung über geeigneten Wohnraum für die verschiedenen Altersstufen bis zur Integration von MigrantInnen. Ehrenamtliches Engagement ist und bleibt dabei für den sozialen Zusammenhalt der Stadt unverzichtbar.

Eine nachhaltige Entwicklung der **Stadtteile** sichert die Zukunftsfähigkeit Hannovers. Sie erhöht die Lebensqualität in den Wohnquartieren, stärkt das Image und fördert die Identifikation mit der Stadt. Wir wollen die jeweiligen Stärken der Quartiere herausarbeiten und die Stadtteile in ihren sozialen, kulturellen und ökonomischen Verhältnissen stärken.

Durch eine lokal und regional ausgerichtete **Wirtschaftspolitik** fördern wir Unternehmensgründungen und -ansiedlungen. Dabei ist die erfolgreiche Vernetzung von Wirtschaft und Wissenschaft eine wesentliche Grundlage für den ökonomischen Erfolg.

Die Prognosen über die demografische und wirtschaftliche Entwicklung erfordern, Hannover im Wettbewerb der Städte und Regionen zu stärken und fit für die Zukunft zu machen. Gemeinsam haben wir viel erreicht, mit uns wird die Stadt ihre Stellung in Zukunft weiter ausbauen.

Klaus Huneke
Fraktionsvorsitzender



1. Hannovers Rat entscheidet

Als stärkste Fraktion im Rat der Landeshauptstadt Hannover hat die SPD in der Kommunalpolitik in den vergangenen Jahren nicht nur eine massive Konsolidierung des Stadthaushalts bewirkt, sondern auch realistische und finanzierbare Beschlüsse zur Stadtentwicklung gefasst. Die SPD-Ratsfraktion will diesen erfolgreichen Kurs fortsetzen und den demografischen Wandel in unserer Stadtgesellschaft in den nächsten Jahren konkret mitgestalten.

Prognosen für das kommende Jahrzehnt sprechen von einer gravierenden Veränderung der Bevölkerungsstruktur. Es wird immer mehr alte und sehr alte Menschen, immer weniger Geburten, schrumpfende Einwohnerzahlen und gleichzeitig einen hohen Bevölkerungsanteil von MigrantInnen geben. Für Hannover liegen dem Rat die entsprechenden Zahlen vor.

Veränderte gesellschaftliche und wirtschaftliche Rahmenbedingungen erfordern neue Denkanstöße. Es gibt da kein bundesweit einheitliches Patentrezept. Jede Kommune muss für sich passgenaue, individuelle Lösungen finden. Das gilt auch für Hannover. Im Rat haben wir deshalb dem HannoverplusZehn Programm (www.hannover-pluszehn.de) als Handlungsrahmen für die Verwaltung zugestimmt und zusätzlich eigene Schwerpunkte gesetzt. Für die SPD-Ratsfraktion gilt als Devise für die strategischen Überlegungen zur Stadtentwicklung für die nächsten 10 Jahre: nicht abwarten, sondern aktiv die demografische, wirtschaftliche und sogar europäische Herausforderung annehmen!

2. Stadtpolitische Leitthemen

Im Rahmen einer breit angelegten Strategiediskussion hat die SPD-Ratsfraktion schon Mitte 2005 stadtpoliti-

sche Leitthemen und Handlungsziele für die zukünftige Entwicklung der Stadt definiert. Schwerpunkte für eine positive Ausrichtung und Weiterentwicklung des Wirtschaftsstandortes Hannover sind für uns:

- **Arbeitsplätze schaffen und sichern – Ausbildung und Qualifizierung fördern**
- **Vernetzung von Wissenschaft und Wirtschaft**
- **Internationalisierung aktiv begleiten**
- **Lokale Wirtschaft stärken**

Durch eine konkrete Entwicklung und Umsetzung dieser Ziele soll eine kontinuierliche Fortsetzung der erfolgreichen Wirtschafts- und Ansiedlungspolitik der vergangenen Jahre erreicht werden. Wir wollen damit die Zukunftsfähigkeit dieser Stadt sichern!

3. Dynamisches Hannover – auf dem Weg zur europäischen Metropolregion

Hannover hat sich in den vergangenen Jahren als dynamischer Wirtschaftsstandort profiliert. Durch die zentrale Lage im Zentrum Europas im Zuge der Wiedervereinigung haben die Standortbedingungen wesentliche Veränderungen erfahren. In Verbindung mit der EXPO erfolgte außerdem eine erhebliche Verbesserung der Verkehrsinfrastruktur.

Ein besonderer Aspekt ergibt sich für die Stadt aus der seit 2001 bestehenden Zugehörigkeit zur **Region Hannover**, dem Zusammenschluss von 20 Umlandgemeinden des ehemaligen Landkreises mit der Landeshauptstadt. Entstanden sind dadurch besondere Synergieeffekte wie zum Beispiel der Abbau von Doppelstrukturen (Abfallentsorgung, Krankenhäuser, Feuerwehr, Personal) und die Bündelung von Aufgaben (Wirtschaftsförderung, Beschäftigungsförderung). Für die Stadt wurde allein durch Übertragung der Sozialkosten eine finanzielle Entlastung in Höhe von über 30 Mio. Euro erreicht. Darüber hinaus haben im April 2005 rund 75 Vertreter von kommunalen Gebietskörperschaften, Wissenschaft

und Forschung in Hannover die Gründung der **Metropolregion HANNOVER – BRAUNSCHWEIG – GÖTTINGEN** beschlossen. Die formale Anerkennung erfolgte am 28. April 2005 durch die Ministerkonferenz für Raumordnung. Mit unserem Beschluss in der Ratsversammlung ist Hannover damit offiziell der Metropolregion beigetreten. Inzwischen haben sich 66 Gebietskörperschaften und 12 Hochschulen dem Verbund angeschlossen. Dadurch soll vor allem eine wirtschaftliche Stärkung des Ballungsgebietes mit fast 4 Millionen Menschen erreicht werden. Das hat nicht nur Auswirkungen auf europäische Fördermittel. Durch diesen Zusammenschluss sind wir überhaupt erst wahrnehmbar als Wirtschaftsraum europäischer Dimension. Erwartet wird, dass Metropolregionen als Zentren der urbanen Entwicklung Priorität bei der EU-Förderung besitzen. Der zusätzliche Imagegewinn für die Stadt ist enorm wichtig für den Standortwettbewerb und bindet Hannover ein in das Netz der nationalen und europäischen Raumentwicklung.

Interview

Stephan Weil,
OB-Kandidat und Kämmerer
der Landeshauptstadt
Hannover:

Wird die Metropolregion ein wichtiges Thema für Hannover?

»Die Metropolregion wird ein wichtiges Aufgabenfeld der Zukunft sein. Um die Globalisierung führt kein Weg herum: Es gibt einen



weltweiten, einheitlichen Markt für Produkte, für Kapital und auch für Arbeit. Die Entwicklung führt zu vielfältigen Auswirkungen für alle Städte und Gemeinden, und sie führt zu einer verstärkten Europäisierung. Aus einer internationalen Perspektive konkurrieren nicht in erster Linie einzelne Städte gegeneinander, sondern ganze Wirtschaftsräume. Hannover steht nicht in einer Konkurrenz zu Uetze, sondern der Wirtschaftsraum Hannover steht im Wettbewerb mit den Wirtschaftsräumen Glasgow, Bordeaux oder Prag.«

Wie kann die bisher eher abstrakte Idee von einer Metropolregion mit Leben erfüllt werden?

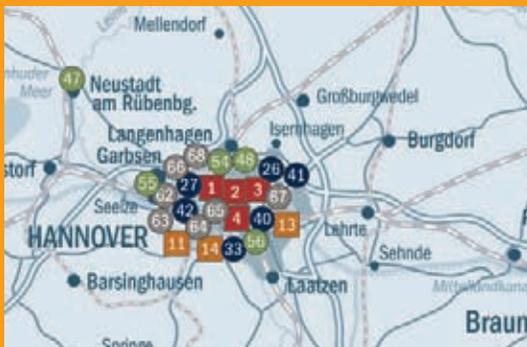
»Bis jetzt ist die Metropolregion ein recht heterogenes Gebilde, in dem sich 66 Gebietskörperschaften und 12 Hochschulen versammelt haben. Über Insider hinaus ist noch ein ‚Wir-Gefühl‘ zu schaffen, dass alle an demselben Strick in dieselbe Richtung ziehen.«

Welche Aufgaben können gemeinsam angepackt werden?

1. Die Metropolregion benötigt eine schlagkräftige Organisation. Das bisher sorgfältig abgewogene Gleichgewicht aller Mitglieder sollte durch ein klares Drei-Säulen-Modell ersetzt werden, in dem Kommunen, die Hochschulen und die Wirtschaft jeweils ihre Interessen bündeln.
2. Es geht darum, wichtige Unternehmen in der Metropolregion dafür zu gewinnen, sich selbst an der Entwicklung dieses Raumes aktiv zu beteiligen und die Metropolregion als Public Private Partnership zu definieren. Besonders bietet sich auch an, Wirtschaftsförderungsgesellschaften miteinander zu vernetzen, eine Kooperation und eine Verzahnung der Forschungsaktivitäten zu koordinieren.
3. Im Bereich der Kultur sind bzw. werden erfolgreiche Beispiele sichtbar: das Festival Theaterformen in Hannover und Braunschweig oder eine gemeinsame Vermarktung der großartigen Museen.«



Beispiele Konzentration von Entscheidungs- und Kontrollfunktionen:
 Unternehmenssitze 2 TUI AG, 3 Continental AG, 4 Salzgitter AG, 5 MDL Metro, Sarstedt, 8 E.ON Kraftwerke GmbH, 9 Solvay Deutschland, 12 E.ON Kernkraft GmbH, 14 Konica Minolta Business Solutions, 18 Dirk Rossmann GmbH, Burgwedel, 21 Siemens AG, Laatzten, 22 expert AG, Langenhagen, 23 Toto-Lotto Niedersachsen GmbH, 25 Wabco Gruppe Hannover, 28 FinanzIT, 30 AWD Holding AG, 33 Karstadt Warenhaus AG, 38 MTU Maintenance Hannover GmbH, Langenhagen, 46 esco Gruppe, 57 Deutsche Messe AG, 59 VHV Vereinigte Hannoverische Versicherung a.G., 60 Versicherungsgruppe Hannover (VGH), 62 Nord/LB, 63 Sparkasse Hannover
 und Institutionelle Entscheidungszentralen 64 Deutscher Kinderschutzbund Bundesverband, 65 Evangelische Kirche Deutschland (EKD), 66 IG BCE Gewerkschaft für Bergbau, Chemie und Energie, 67 Landesregierung Niedersachsen, 68 NBank Förderbank des Landes Niedersachsen



Beispiele Innovations- und Wettbewerbsfunktion:
 Hochschulen 1 Universität Hannover, 2 Hochschule für Musik und Theater Hannover, 3 Medizinische Hochschule Hannover, 4 Tierärztliche Hochschule, 11 FH Hannover, 13 Evangelische FH Hannover, 14 FH für die Wirtschaft Hannover
 Forschungseinrichtungen 26 Max-Planck-Institut für experimentelle Endokrinologie, 27 Max-Planck-Institut für Gravitationsphysik Teilinstitut Hannover, 33 Fraunhofer-Gesellschaft für Toxikologie und Experimentelle Medizin ITEM, 40 Akademie für Raumforschung und Landesplanung (ARL), 41 Institut für Geowissenschaftliche Gemeinschaftsaufgaben (GGA), 42 TIB/UB Hannover, 48 BA für Geowissenschaften und Rohstoffe (BGR), 62 IPF Pharmaceuticals GmbH, Hannover, 63 Europ. Forschungsgesellschaft für Blechverarbeitung, 64 HIS Hochschul-Informationssystem GmbH, Hannover, 65 Nds. Institut für Wirtschaftsforschung, 66 PZH-Produktionstechnisches Zentrum, 67 Internationale Stiftung Neurobionik, 68 Institut für Entwicklungsplanung und Strukturforschung GmbH
 Landeseinrichtungen 54 kriminologisches Forschungsinstitut Niedersachsen, 55 Laser Zentrum Hannover, 56 Dt. Institut für Kautschuktechnologie (DIK)

4. Hannover hat Dynamik – entwickelt sich permanent weiter!

Vom Entwicklungsschub durch die EXPO, über die Gründung der Region Hannover und Einrichtung der Wirtschaftsförderungsgesellschaft »hannoverimpuls« bis zum Beitritt zur Metropolregion – die Stadt entwickelt sich weiter.

Hannover verfügt über ein breit gefächertes Gewerbeflächenangebot, das nicht zuletzt durch die EXPO eine Erweiterung erfahren hat. Besonders attraktiv für die Entwicklung hochwertiger Gewerbegebiete ist die ausgewiesene gute Erreichbarkeit über Straße, Schiene, zu Wasser über den Mittellandkanal und den internationalen Flughafen Hannover-Langenhagen. Neues entsteht, Alt-Bekanntes verändert sich. Das ist überall im Stadtbild zu erkennen. Unsere Ratsbeschlüsse für die neuesten Unternehmensansiedlungen von ECE, BMW oder IKEA belegen das nachdrücklich.

Wesentliche Eckpfeiler der kommunalen, lokalen Wirtschaftspolitik sind für die Ratsfraktion neben der Vermarktung von Gewerbeflächen: das Fördern von Unternehmensgründungen, die Förderung einer stärkeren Kooperation von Wirtschaft und Wissenschaft sowie das Nutzen des internationalen Wirtschaftspotenzials der Stadt. Nur so können auch in Zukunft Arbeits- und Ausbildungsplätze entstehen und gesichert werden. Das wiederum bildet die Grundlage für einen ökonomischen Erfolg der Stadt.

Hannover ist der zentrale Wirtschafts- und Wissenschaftsstandort im Herzen Europas.

Mit der Bildung der Metropolregion HANNOVER – BRAUNSCHWEIG – GÖTTINGEN und vor dem Hintergrund der EU – Osterweiterung, die Niedersachsen aus einer Randlage direkt ins Zentrum von Europa gerückt hat, sind Entwicklungschancen entstanden. Diese gilt es künftig zu nutzen und auszubauen. Analysiert werden

muss, wie sich Trends und globale Entwicklungen in den nächsten Jahren auf die lokale und regionale Wirtschaft auswirken werden.

Als SPD-Ratsfraktion haben wir genau diese Fragen aufgegriffen und ein Interesse daran, Hannover wettbewerbsfähig und zukunftsfähig zu gestalten. Deshalb ist es entscheidend, welche Qualitäten Hannover aktiv weiterentwickelt. Wir wollen die schon vorhandenen vielfältigen Strukturen im Bereich der Wirtschaft und Wissenschaft stärker vernetzen, neue Kooperationsformen erproben. Dabei wird ein wesentlicher Erfolgsfaktor der Wettbewerb nicht nur um EinwohnerInnen und sondern in erster Linie um qualifizierte Arbeitskräfte sein. Gemessen an der Zahl der Beschäftigten kann sich die Region Hannover-Braunschweig-Göttingen im Vergleich behaupten. »Wir stehen besser da als Hamburg, Lyon, Barcelona oder Mailand.« Dr. Arno Brandt, NordLB.

5. Arbeitsplätze schaffen und sichern – Ausbildung und Qualifizierung fördern

Zwei Drittel der Dienstleistungsarbeitsplätze in der Region Hannover entfallen auf die Landeshauptstadt mit insgesamt rd. 212.000 Dienstleistungsbeschäftigten. Als wichtiger Einzelhandelsstandort bietet Hannover 16.200 Beschäftigten Arbeitsplätze.

Im Januar 2006 lagen die Arbeitslosenzahlen für Hannover bei 14,7% (Jan. 2005 = 17%) gegenüber Niedersachsen mit 12% und 12,7% deutschlandweit. Die Arbeitsgemeinschaft Job-Center in der Region Hannover (ARGE) hat über 6.000 Jugendliche unter 25 (U25) ohne Ausbildungs- oder Arbeitsplatz registriert. Die SPD-Ratsfraktion fordert deshalb nach Übernahme der ARGE durch die Region Hannover kurzfristig die Entwicklung von effizienteren, beschäftigungspolitischen

Maßnahmen. Die bisherige Lage auf dem Ausbildungsstellenmarkt ist stark gekennzeichnet von:

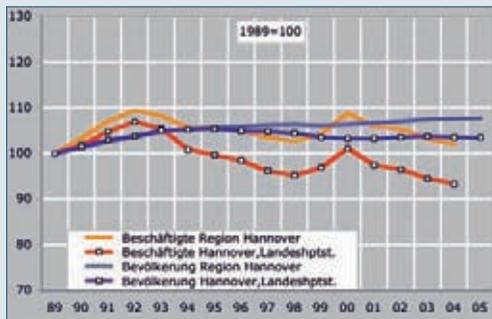
- erheblichem Fehlbedarf an Ausbildungsplätzen
- einem Anstieg der Ausbildungsabbrüche
- einer Nicht-Übernahme nach erfolgter Ausbildung (Arbeitgeber bilden über eigenen Bedarf aus)
- fehlenden Schulabschlüssen, dadurch kein Eintritt in die duale Ausbildung.

Aus der hohen Arbeitslosigkeit Jugendlicher und junger Erwachsener mit und ohne Ausbildung erwächst für die Stadt, die Region und die Kommunalpolitik ein großes soziales und wirtschaftliches Problem. Über 6.000 unter 25-Jährige beziehen ALG II. Einerseits werden Förderprogramme aufgelegt wie von der Bundesagentur für Arbeit oder Beschäftigungsmaßnahmen über die Region Hannover eingeleitet. Auf der anderen Seite zeichnet sich schon jetzt ein künftiger Arbeitskräftemangel an qualifiziertem Nachwuchs ab. Hier müssen vorrangig Mittel und Kräfte gebündelt werden, um in enger Kooperation mit leistungsstarken Projektträgern, Unternehmen, Gewerkschaften, IHK und HWK mittelfristig eine koordinierte Ausbildungs- und Qualifizierungsoffensive zu starten.

Die SPD-Ratsfraktion hat bereits reagiert und zum Haushalt 2005 zusätzlich 300.000 Euro für eine Ausbildungsinitiative Hannover für benachteiligte junge



Beschäftigten- und Bevölkerungsentwicklung



Quelle: Regionaler Entwicklungsbericht 2005
Wirtschaftsstandort Region Hannover, NIW Nord/LB

Menschen eingesetzt. Ziel dieser Initiative ist es, die Ausbildungssituation von Jugendlichen und jungen Heranwachsenden zu fördern, die aufgrund ihrer schulischen und /oder individuellen Situation sonst keine oder geringe Chancen haben, im Wettbewerb mit anderen einen Ausbildungsplatz zu erhalten. Träger dieser Projekte sind unter anderem hannoverimpuls Ausbildung e.V., pro regio e.V., Werk-statt-Schule e.V., Regionalnetzwerk Hannover e.V. und die Volkshochschule Hannover.

Weitergehend haben wir unter den Schwerpunkt Bildung zusätzlich 250.000 Euro im Haushalt 2006 zur Entwicklung und Unterstützung von stadtteilorientierten Netzwerken für Bildung und Qualifizierung an Hauptschulen mit dem Schwerpunkt »Übergang von der Schule in den Beruf« eingesetzt.

Wir haben im Rat beschlossen, dass die Stadt Hannover weiter über Bedarf (bis zu 2/3) ausbildet, um jungen Menschen mehr Möglichkeiten für einen Zugang zum Arbeitsmarkt zu eröffnen. Ende Februar 2006 beschäftigte die Stadtverwaltung 317 Auszubildende in 35 verschiedenen Berufen (davon ca. 40 % Handwerkliche Berufe, 37 % Kaufm. Berufe und Verwaltung).

6. Vernetzung von Wirtschaft und Wissenschaft

Mit der Forderung einer stärkeren Kooperation zwischen Wirtschaft und Wissenschaft steht die SPD-Fraktion längst nicht mehr alleine da. Eine bessere Vernetzung ist die Basis zur Ausschöpfung von Wachstumspotenzialen. Beide Seiten müssen aufeinander zugehen, das ist für die zukünftige Entwicklung unverzichtbar.

Alle hannoverschen Hochschulen müssen gemeinsam – unter einer »Dachmarke« – versuchen, die Beziehungen zu Unternehmen und Institutionen in der gesamten Region zu intensivieren. Forschungskompetenzen können so genutzt, das Know-how ausgeschöpft und für die Wirtschaft am Standort aufbereitet werden. Andererseits können Forschungsaufträge von Unternehmen in der Region Hannover gehalten werden. Hochschulen profitieren wiederum von den praxisorientierten Kooperationsvorhaben mit der Wirtschaft. So können Forschungspotenziale branchenübergreifend in der Stadt und der Region Hannover bekannt gemacht werden.

Die Zusammenarbeit zwischen den Hochschulen und der Stadt Hannover sollte ausgebaut werden, denn Universität und Fachhochschulen sind bedeutende, positive Standortfaktoren. Erfolgreich haben wir im Rat der Stadt bereits eine Stiftungsprofessur für den Bereich Software-Engineering initiiert und finanziell gefördert. Es gilt künftig personelle Ressourcen zu nutzen und Menschen an den Standort Hannover zu binden. Studierende sollen möglichst bleiben (study and stay), Forschung soll Projekt- und Entwicklungschancen in Unternehmen in und um Hannover erhalten. Dadurch wird eine Stärkung Hannovers als Wissenschafts- und Wirtschaftsstadt im nationalen und internationalen Umfeld gefördert.

7. hannoverimpuls – eine Erfolgsgeschichte

Für eine kommunale und regionale Wirtschaftsentwicklung sind Unternehmensgründungen von besonderer Bedeutung, sie schaffen Arbeitsplätze, erneuern den Unternehmensbestand und sorgen so für einen Strukturwandel. Zwischen der Bevölkerungsentwicklung und der Wirtschaftsentwicklung einer Region bestehen Wechselwirkungen. Insbesondere jüngere und qualifizierte Arbeitskräfte verlassen die Region bei fehlenden Perspektiven, ohne nach der Ausbildung zurückzukehren. Umgekehrt ist die Bindung qualifizierter Arbeitskräfte ein wichtiger Standortfaktor und bedeutend für den Erfolg der wirtschaftlichen Entwicklung.

Vor diesem Hintergrund hat die SPD-Ratsfraktion im Rat der Landeshauptstadt schon 2003 die Gründung der ‚hannoverimpuls GmbH‘ beschlossen – als neue, gemeinsame Wirtschaftsfördergesellschaft von Stadt und Region. Dafür zahlt Hannover anteilig **jährlich zwei Millionen Euro bis zum Jahr 2012**. ‚hannoverimpuls‘ soll die Wettbewerbsfähigkeit des Wirtschaftsstandortes Hannover nicht nur langfristig sichern, sondern durch Schaffung neuer Arbeitsplätze zukunftsorientiert weiterentwickeln.

Der Schwerpunkt von hannoverimpuls liegt dabei auf den Wachstumsbranchen Automotive, Informations- und Kommunikationstechnologie, Lasertechnik, Life Sciences und Produktionstechnik. Wirtschaftliche Potenziale dieser so genannten Fokusbranchen werden durch konkrete Einzelprojekte im Rahmen von Gründungs-, Ansiedlungs- und Wachstumsinitiativen gestärkt. Erste Erfolge bestätigen, dass das Konzept aufgeht. Hohe Teilnehmerzahlen zeugen von Interesse bei der Zielgruppe

- Plug & work – Wettbewerb mit Ansiedlungschance auf dem EXPO-Gelände
- Winter / Summer School
- Gründungs- und Wachstumswettbewerbe
- Branchenforen

- Beteiligung an gemeinsamer Gesellschaft mit MHH (Hannover Clinical Trial Center GmbH)

Für 2006 stehen z.B. die Kooperation mit Produktionstechnischem Zentrum (PZH) oder auch die Beteiligungen beim Sonderfahrzeugbau und beim Business Accelerator (Unterstützung technologieorientierter Gründungen aus Hochschulen) an.

Die SPD-Ratsfraktion begleitet die Aktivitäten von hannoverimpuls intensiv im Beirat und der beratenden Kommission. hannoverimpuls wird in die wirtschaftspolitischen Prozesse und Entscheidungen innerhalb der Stadt eingebunden.

Wir sind für eine Schärfung und Fortführung der erfolgreichen Ansätze besonders in den Bereichen:

- Angebotsrecherche, Bedarfsrecherche, Vernetzung der Akteure
- Datenbank der Gründer zur gezielten weiteren Ansprache und Begleitung der Unternehmen nach der ersten Gründungsphase.

Darüber hinaus unterstützen wir im Rahmen einer aktiven Ansiedlungs- und Standortpolitik die städtische Wirtschaftsförderung durch unsere Beschlüsse:

- zur Modernisierung der Innenstadt, Vermarktung, Reaktivierung oder Revitalisierung von Gewerbeflächen z.B. Raschplatz, Gewerbebrache Conti Limmer, Ihmezentrum, Gilde-Carrée, Hauptpost, Lister Blick
- zur Nahversorgung – Erhalt des Einzelhandels in den Stadtteilen zur Deckung des täglichen Bedarfs.





8. Internationalisierung aktiv begleiten

Wirtschaft und Wissenschaft sind zwei starke Partner, die den Standort Hannover über die Landesgrenzen hinaus bekannt machen. Hannover als Veranstaltungsort für internationale Messen wie CeBIT, Hannover Messe u.a. kommt dabei eine große Bedeutung für den Bekanntheitsgrad und die Aufnahme internationaler Kontakte zu. Einmalige Ereignisse wie die EXPO 2000 oder WM 2006 sind geeignet, internationale Wirtschaftsbeziehungen zu knüpfen, die in einem entsprechenden Rahmen fortgesetzt werden müssen.

Wirtschaftsförderung heißt für die SPD-Ratsfraktion,

diese Kontakte aktiv auszubauen und für die wirtschaftliche Entwicklung Hannovers und der Region nutzbar zu machen. Zum Beispiel durch die intensive Bewerbung und Vermarktung von Großveranstaltungen wie Kirchentag, Confederations Cup, Fußballweltmeisterschaft soll Hannover gezielt in den internationalen Blickpunkt gerückt werden. Bei internationalen Messe- und Kongressteilnehmern soll konkret für den Tourismusstandort Hannover Region geworben werden. Für eine gezielte Werbung aus einer Hand müssen die Aufgaben von Hannover Marketing (HMG) und Hannover Tourismus (HTS) gebündelt und zusammen geführt werden.

Hannover ist bereits eine internationale Stadt: Menschen aus unterschiedlichen Herkunftsländern leben, lernen, studieren und arbeiten in Hannover. Ihre Kompetenzen sollen in die Entwicklung Hannovers eingebracht werden. Wichtig ist, bei Unternehmen für die Bereitstellung von Ausbildungsplätzen zu werben und hierbei auch gezielt UnternehmerInnen mit Migrationshintergrund anzusprechen. Neben der wirtschaftspolitischen Dimension bieten sich hier Ansätze, die Integration voran zu bringen und das Zusammenleben in Hannover auf dieser Ebene zu befördern.

Ausländische Studierende sollen in Hannover einerseits einen attraktiven Lebens- und Studienort vorfinden, aber nach Rückkehr in ihr Heimatland auch weiter in Verbindung mit dem Wirtschafts- und Wissenschaftsstandort Hannover bleiben.

9. Lokale Wirtschaft stärken

Handel, Dienstleistung und Gewerbe sind in den hannoverschen Stadtteilen ein wichtiger Faktor für die Wohnortnahe Versorgung der Bürgerinnen und Bürger. Meldungen über Schließungsabsichten oder Umwandlungen traditioneller Geschäfte, in besonderem Maße auch des Lebensmitteleinzelhandels sind Zeichen eines

massiven Strukturwandels im Einzelhandelsgewerbe. Die SPD-Ratsfraktion registriert deutliche Verlagerungstendenzen von diesen so genannten Nahversorgern aus gewachsenen Stadteillagen in kostengünstigere, großflächige Standorte. Wir wissen, dass die wohnortnahe Versorgungsinfrastruktur lebenswerte Stadtteile auszeichnet. Sie erhöht die Wohnqualität. Lokale Wirtschaft in den Stadtteilen ist gleichzeitig auch Arbeitgeber und Ausbilder, diese Funktion wollen wir stärken. Deshalb haben wir schon 2003 zu den Leitlinien für die Nahversorgung beschlossen:

- Nahversorgung ist ein wichtiges Element zukunftsfähiger Stadtpolitik
- Ziel ist die flächendeckende, wohnortorientierte und fußläufige Versorgung aller Bevölkerungsgruppen mit Lebensmitteln und Gütern des täglichen Bedarfs
- Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit und Ausbau vorhandener zentraler Marktbereiche hat Vorrang vor der Entwicklung neuer Bereiche. Bei Neuansiedlungen sind die Auswirkungen auf den Bestand und den Verkehr zu untersuchen.

Ein erfolgreiches Nahversorgungskonzept ist für die SPD-Ratsfraktion nur in einem konstruktiven Dialog unter Ausgleich der verschiedenen Interessenlagen von Bevölkerung, Wirtschaft, Politik und Verwaltung umsetzbar.

Die Verwaltung hat inzwischen entsprechende Konzepte erarbeitet und ist von uns beauftragt worden, diesen Dialog, in den auch die in den Stadtbezirken bereits vorhandenen Gesprächsrunden und (Wirtschafts-) Foren eingebunden werden, in Form von Stadtteilkonferenzen umzusetzen.

Die SPD-Ratsfraktion hat dazu für die Integrative Stadtteilarbeit und die Imagekampagne für Quartiere entsprechende (mehrere hunderttausend Euro) Mittel eingesetzt.

Zum Haushalt 2005 haben wir Modellprojekte für ganzheitliche und nachhaltige Stadtteilentwicklung benannt:

- Ricklingen / Ricklinger Stadtweg
- Kleefeld / Kantplatz
- Mitte / Warmbüchenviertel
- Vahrenwald / Vahrenwalder Straße
- Döhren / Fiedeler Straße
- Badenstedt / Badenstedter Markt
- Mitte / Calenberger Neustadt
- List / Podbielskistraße
- Oststadt / Lister Meile

Wir wollen Stadtteile nachhaltig in ihren sozialen, kulturellen und ökonomischen Verhältnissen stärken mit aktiver Unterstützung durch das örtliche Bürgerengagement.



Impressum

Herausgeber:

SPD-Fraktion im Rat der Landeshauptstadt Hannover
Friedrichswall 15
30159 Hannover

Telefon: 0511-168.45310

Fax: 0511-168.43624

e-mail: spd@hannover-stadt.de

www.spd-ratsfraktion-hannover.de

Redaktion:

Christine Kastning

Christiane Rintelmann

Petra Himstedt

V.i.S.d.P.:

Klaus Huneke, Fraktionsvorsitzender

Gestaltung:

Sabine Panse, stilfrei grafikatelier, Hannover

Fotos / Tabellen:

SPD-Ratsfraktion, Landeshauptstadt Hannover,
Studie »Regionaler Entwicklungsbericht 2005«
NIW ■ Nord/LB

Druck:

B·W·H GmbH, Hannover

Die Broschüre »Dynamisches Hannover« der SPD-Ratsfraktion wird kostenlos verteilt bzw. ist in der Geschäftsstelle erhältlich.

Stand: Februar 2006



Ratsfraktion
Hannover

Geschäftsstelle der SPD-Ratsfraktion
Friedrichswall 15
30159 Hannover
Telefon: 0511-168.453 10
Fax: 0511-168.436 24
e-mail: spd@hannover-stadt.de
www.spd-ratsfraktion-hannover.de